

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Fein“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierpreisliste 0,70 Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 10. Dezember 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Bürgerblock-Diplomatie.

Die Deutschnationalen und die Räumung der Kölner Zone.

Nach den englischen Wahlen proklamieren die Deutschnationalen eine sich an England anlehrende anti-französische Politik...

Das schließt aber auch wieder über das Ziel hinaus. Einstweilen ist anzunehmen, daß England und Frankreich das Recht Deutschlands...

Die Frage, ob geräumt wird oder nicht, ist von ungeheurer Bedeutung. Die Frage, ob ein paar Wochen früher oder später geräumt wird...

Wir wissen nicht, ob die deutsche Reichsregierung diesen Standpunkt teilt. Aber schon der Umstand allein, daß sie bisher korrekter Weise geschwiegen hat...

Die Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone, durch die ein Vorgang von unabsehbarer Tragweite geschaffen wird...

Gegen den neuen Rechtsbruch der Entente muß aufs allerhöchste Protest erhoben werden.

Verfallener Vertrag übernommenen Verpflichtungen in jeder Beziehung nachkommen. Andererseits hat mit der Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone...

Die „Kreuzzeitung“ wendet sich dann polemisch gegen die „Germania“ und den „Vorwärts“...

Anstatt mit aller Energie auf dem unumstößlichen Recht Deutschlands auf Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar zu bestehen, versucht man so wieder...

Die „Kreuzzeitung“ verrät mit bemerkenswerter Ungeschicklichkeit, warum sie in dieser Sache so forsch ist. Sie rechnet damit, daß die von ihr erstrebte Bürgerblock-Regierung erst dann ans Ruder kommt...

In Wirklichkeit steht aber die Sache so: Würden Köln und Ruhr schon von heute in einem Monat gleichzeitig geräumt, so würde dieser Tag ein nationaler Jubeltag sein.

Dieser Erfolg kann freilich nur gesichert werden, wenn der bisherige Kurs der Außenpolitik nicht verlassen wird.

Deutschlands Zahlungspflicht.

Herriot gegen Stresemann.

Paris, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der französischen Kammer bildete am Dienstag eine von dem Reichsaussenminister Stresemann im Sommer dieses Jahres abgegebene Erklärung...

Unter Hinweis darauf, daß diese Auslegung im Widerspruch mit den Prinzipien des Londoner Abkommens stehe, erlaubte der Abgeordnete Rich die Regierung um Bekämpfung des offiziellen französischen Standpunktes...

Ein Schiedsspruch über die Sachlieferungen.

Paris, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Schoße des auf Grund des Londoner Abkommens eingesetzten gemischten Komitees für die Sachlieferungen war es über gewisse Einzelheiten zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und den alliierten Mitgliedern gekommen...

wurde über die Einrichtung einer besonderen Dienststelle erzielt, die die französischen Bestellungen zusammenfaßt und ihre Ausführung und Verteilung überwachen soll.

Rechtsgültigkeit der 3. Steuernotverordnung

Bestätigung durch Notgesetz.

Amlich wird mitgeteilt:

Alsbad nach Verkündung der dritten Steuernotverordnung hat das Reichsgericht ihre Rechtsgültigkeit eingehend geprüft und ausdrücklich festgestellt. Trotzdem ist die Verordnung auch noch in neuerer Zeit vielfach als ungültig bezeichnet worden...

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung, ohne die der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht möglich ist, sind bedroht. Der Reichspräsident hat sich daher auf Vorschlag der Reichsregierung entschlossen, die Vorschriften der dritten Steuernotverordnung und der Durchführungsverordnungen in eine gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Rechtsverordnung zu übernehmen.

In Verbindung hiermit sind die Ausschlußfristen der dritten Steuernotverordnung und ihre Durchführungsbestimmungen bis zum 31. März 1925 verlängert worden.

Ihr Erfolg.

Die wohlverdienten aber nicht erhaltenen Prügel.

Die Deutschnationalen können sich noch immer nicht fassen vor glücklichem Erstaunen darüber, daß sie am 7. Dezember die Prügel, die sie sich so reichlich verdient hatten, nicht bekommen haben. Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß man auch in nicht-deutschnationalen Kreisen dieses Erstaunen teilt.

Dabei muß bemerkt werden, daß die Behauptung der Deutschnationalen, sie hätten noch gewonnen, auf ziemlich schwachen Füßen steht. Man muß nämlich bedenken, daß die Zahl der gewählten Abgeordneten von 472 auf 493 gestiegen ist, das sind 4,5 vom Hundert. Zugleich ist die deutschnationale Fraktion von 106 auf 111 angewachsen, das sind 4,7 vom Hundert.

Tatsache bleibt jedoch: Die Deutschnationalen haben sich gehalten! Ihre moralische Katastrophe vom 29. August hat ihnen keine Verluste an zahlenmäßiger Macht zugefügt.

Wie ist das zu erklären? Der nächstliegende Erklärungsgrund ist schon oft angeführt worden: es ist der alle Erwartungen übertreffende Zusammenbruch der sog. „nationalistischen Freiheitsbewegung“ und das Verschwinden des deutschsozialen Knüppelsplitters. Dadurch sind rechts 36 Mandate verloren gegangen, von denen die Deutschnationalen nebst Bandliste 5 erwerben konnten.

Der Zusammenbruch der kleineren nationalistischen Konkurrenzparteien ist auf ihre Kabaupolitik und ihre innere Zerfahrenheit, die ihnen jede Stoßkraft raubte, zurückzuführen. Kein äußerlich gesehen hatte die Ludendorff-Gruppe im Wahlkampf eine geradezu glänzende Position. War sie es doch allein — neben den Kommunisten —, die das Versprechen, das die Deutschnationalen im Mai ihren Wählern gaben, geschlossen gehalten, die einstimmig gegen alle Dawes-Befehle gestimmt hatten!

Daß Glück ihm günstig sei, Was hilft's dem Töffel! Denn regnet's Brei, Fehlt ihm der Töffel.

Das Gleiche gilt bis zu einem gewissen Grade auch von der Deutschen Volkspartei. Ihr fehlte nicht die Kraft, die Deutschnationalen anzugreifen, sondern der Wille. Sie stellte den Burgfrieden im Bürgerblock, den sie offenbar mit dem Vaterland verwechselte, über die Partei und verzichtete auf Gewinn zugunsten der Deutschnationalen.

Wäre die Deutsche Volkspartei die „liberale Partei“, als die sie sich an hohen Feiertagen manchmal noch bezeichnet, so hätte sie in diesem Wahlkampf der Reaktion schweren Schaden zufügen können. Sie hat darauf verzichtet, um der „Brüderpartei“, in der ebenso viele Industriemagnaten sitzen wie in ihr selbst, nicht wehe zu tun, zugleich aber auch in der stillen Hoffnung, die Tatsachen würden ohnehin zu ihren Gunsten sprechen. Und diese Hoffnung schien ja auch berechtigt. Denn im Verhältnis zu den Deutschnationalen war sie ja noch konsequent gewesen, sie war still und behutsam in die „Erfüllungspolitik“ hineingeschlüpf, während die Deutschnationale Partei am 29. August zur einen Hälfte mit ungeheurem Gepolter in sie hineinstürzte.

Es hat sich eben gezeigt, daß die Masse der deutschnationalen Anhänger gänzlich unpolitisch ist. Wäre sie politisch interessiert, so wäre sie nach dem 29. August in Scharen teils zu den Nationalsozialisten, den geschlossenen Reinfagern, teils zu den Volksparteilern, den geschlossenen Jagagern, abgewandert. Sie hat das nicht getan, sondern sie hat sich für die Ja- und Neinpartei ent-

schieden, weil sie sich über die politischen Vorgänge überhaupt keine Gedanken macht.

Eine geldkräftige Minderheit in ihr hat sich mit aller Gewalt für die Deutschnationalen eingesetzt, weil sie ihre Wirtschaftsinteressen bei ihnen am besten gewahrt glaubt. Das sind die Hochschutzbücker und Scharmacher, die schon früher in der Reichstags ihre eigentümliche Kerntruppe sahen und die Nationalliberalen nur als Hilfsstruppen einschätzten. Die nationalliberalen Partei hatte immer neben ihrem kapitalistischen Charakter einen gewissen Oberlehrer-Idealismus, der munter störend wirkte; ganz rechts aber war man stramm bis zum letzten Mann.

Nun hat die ausgesprochene Partei der Kapitalisten und Großagrarien durch ihren Presselärm und durch ihr Schwarzweißrotgeschwätz breite urteilslose Massen hinter sich gebracht. Alles, was an der Wiederkehr der „guten alten Zeit“ interessiert ist oder interessiert zu sein glaubt, hat dabei nach Kräften mitgeholfen. Den Massen aber war die völksparteiliche Politik die völkstaiferliche, für vorläufig unabwehrbare Zeit auf dem Boden republikanischer Tatsachen stehende, die Schwarzweißrote mit der kleinwinzigen schwarzrotgoldenen Gösch, die im Reich zum Bürgerblock steuernde, in Preußen die Koalition mit Severing verteidigende — soll man sich darüber wundern? — zu kompliziert.

Wir brauchen uns darüber nicht zu wundern und nicht darüber zu klagen. Immer deutlicher zeigt sich eine Scheidung der Massen: die einen wollen innerhalb der Sozialdemokratie oder mit der Sozialdemokratie eine republikanische Politik des Friedens und des sozialen Fortschritts treiben, die anderen laufen dem Köder eines Scheinpatriotismus nach, den ihnen die Partei des Großkapitals und der Großgrundbesitzer lockend hinhält. Aus Begeisterung für Schwarzweißrot oder einem dumpfen Anhänglichkeitsgefühl an eine Vergangenheit folgend, deren Glanz sie freute, obwohl sie an ihm nicht teilhatten, stimmen sie für Brotverteuerung und Elbstundentag!

Darüber dürfen wir uns nicht täuschen: Alle Parteien, nicht zuletzt die Deutschnationalen, haben in ihren Reihen Leute, die nach ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer sozialen Stellung eigentlich zu uns gehören. Diese Unpolitischen zu politisieren, muß unsere Aufgabe sein. Wir werden sie lösen, und wir können heute mit der Zuversicht an sie herantreten, die uns unser Sieg vom 7. Dezember verleiht.

So sehen sie aus.

Aus der Vergangenheit eines deutschnationalen Agitators.

Neben zahlreichen ähnlichen Gestalten betätigt sich in Berlin als deutschnationaler Wohltäter der Pfarrer Haack von der Lutherkirche, der mit Vorliebe in den Versammlungen der „nationalen“ Jugendbünde und der soldatischen Verbände spricht und dort auch gern die Bannerweihen vornimmt. Wie es mit der Vergangenheit dieses deutschnationalen Pfarrers und Agitators bestellt ist, geht aus einem im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Briefe hervor, den Herr Haack am 29. Mai 1919 an den Genossen Haack richtete, der damals das Amt des Kultusministers inne hatte. In diesem Briefe teilte Herr Haack mit, daß er schon im Herbst 1917 vor dem Entschluß gestanden habe, sich der sozialdemokratischen Mehrheitspartei anzuschließen, nachdem er „schon längst vorher starke Sympathien für die Sozialdemokratie empfunden“ hätte. Leider habe er es damals unterlassen, seinen Entschluß auszuführen, und da er nach der Revolution befürchtete, bei der Sozialdemokratie „mit dem Rücken der Verachtung empfangen zu werden“, habe er in seiner Verlegenheit schließlich das Zentrum gewählt.

Nun schüttelt der zum Zentrum gegangene evangelische Pfarrer vor dem sozialdemokratischen Kultusminister sein belümmertes Herz aus:

„Aber nun komme ich doch nicht mit dem Zentrum aus. Nicht wegen seiner konfessionellen Haltung, auf der der evangelische

Heb und immer fort herumstampft, und mit der es sich ebenso verhält, wie mit der Stellung der offiziellen Sozialdemokratie zur Religion überhaupt. Diese Haltung fenne ich, sie erschreckt mich nicht. Aber mir ist das Zentrum bei näherem Zusehen doch zu „bürgerlich“, zu sehr mit der alten Politik verflochten. Und ich möchte deshalb heraus. Nun bleibt mir nichts anderes übrig, als mich doch nach einem Platz in der Sozialdemokratie umzusehen. Ich verfolge sorgfältig die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung und ich unterschreibe jedes Wort freudig, das dazumal von den sozialistischen Ministern gesprochen wird. Ich glaube an die Zukunft der sozialistischen Idee. . . Wenn nur mein Eintritt möglich wäre. Ich komme nicht, um Geschäfte zu machen. Ich bete auch nichts an, was ich nicht habe. Ich bin nicht „Materialist“, ich bin auch nicht orthodoxer Marxist. Aber Sozialist bin ich. Und als solcher möchte ich dienen, wenn man meinen Dienst annimmt.“

So hat Herr Pfarrer Haack im Mai 1919 demütig und ergeben seine Dienste der Sozialdemokratischen Partei angeboten. Heute steht er im Lager der erbittertesten Feinde der Sozialdemokratie und ruft mit geschwellter Brust zum Kampfe gegen den „Marxismus“ auf. Es geht doch nichts über die Grundstimmungen eines deutschnationalen Agitators!

Nach den Wahlen.

Beratungen der Regierungen und der Fraktionen.

Das Reichskabinett tritt erst heute, nach Rückkehr des Reichskanzlers Marx nach Berlin, zusammen. Der preussische Ministerrat von gestern nachmittag beschäftigte sich nur mit laufenden Angelegenheiten. Zum Wahlausfall nahm er noch keine Stellung. Auch der Termin für die Einberufung des neugewählten Landtags wurde noch nicht festgelegt.

Der Vorstand der Volkspartei tritt, wie III. meldet, heute zusammen und wird die Haltung der Partei in Preußen von der Entwicklung der Dinge im Reich abhängig machen. Der deutschnationale Parteivorstand versammelt sich am Freitag. Die demokratische Reichstagsfraktion will sich am 16. Dezember versammeln. Wie von demokratischer Seite mitgeteilt wird, hält es die Partei für selbstverständlich, daß die stärkste Fraktion auch den Reichstagspräsidenten stellt.

Für Preußenkoalition auch im Reich.

Löbes Gegenwartsprogramm.

Breslau, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der „Volkswacht“ vertritt Genosse Paul Löbe einen Artikel zur Frage der Regierungsbildung, in dem er ausführt:

Der Bürgerblock sei im Reich wohl rechtserreichlich möglich, wird aber nur etwa 20 Mandate über die Mehrheit haben. Sein schwacher Punkt sei das Zentrum, dessen Wirksamkeit nach dem Wahlausfall zu einer Vergewaltigung der Linksparteien erst recht nicht die Hand reichen werde. Ebenfalls sei eine Linkspartei möglich, da dazu immer noch 20 Kommunisten zu viel und 20 Sozialdemokraten zu wenig gewählt worden seien. Eine starke Mehrheit würde die große Koalition, die Preußenkoalition, auch im Reich haben. Zwischen ihr und dem Bürgerblock stehe jetzt die Wahl. Die Sozialdemokratie müsse aktiv in die Regierungsgestaltung eingreifen und ihren Anhängern zeigen, daß mit einer solchen Koalition natürlich keine rein sozialistische Politik zu treiben sei, zu der das Volk noch nicht die Reife gegeben habe. Aber eine solche Koalition könne Schritte zur weiteren Gesundung unternehmen und soziale Bünden heilen, wenn sie etwa folgendes Gegenwartsprogramm annehme:

1. Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und weitere Versöhnungspolitik mit den ehemaligen Kriegsgegnern. Sie eröffnen am ehesten Aussichten auf weitere Räumung deutschen Gebiets und die friedliche Lösung etwa noch eintretender Differenzen.

2. Abhebung des Hochschutzes für Getreide und Abschluß günstiger Handelsverträge mit allen Nachbarstaaten. Sie allein können der deutschen Industrie zum weiteren Aufschwung verhelfen und dem deutschen Arbeiter dadurch günstigere Erwerbsmöglichkeiten bieten.

3. Vereinfachung und Neugestaltung des Steuersystems, das in gerechter Weise den Besitz erfassen, besonders die Inflationsgewinner durch eine Vermögenszuwachssteuer heranziehen und die Lücken der Erbschaftsteuer wieder ausfüllen, sowie die Politik der Erleichterung, wie sie in den letzten Monaten begonnen wurde, fortführen muß.

4. Vollziehung des Abfindungsabkommens von Washington, Beschäftigung für Erwerbslose, Verbesserung der Renten für Kriegssopfer und Sozialrentner.

5. Soziale Aufwertung für Sparrer, Anleihebesitzer und Hypothekengläubiger über den Rahmen der dritten Steuernotverordnung hinaus unter Ausschaltung aller Spekulanten und reichen Gläubiger.

6. Energische Förderung von Wohnungsbau und Siedlungswesen in Gemeinshaft mit den Länderregierungen.

7. Reform des Strafrechts, Berufung für Volksgerichtsurteile, Beseitigung der Ausnahmeverordnungen, Reichsgesetz zum § 48 der Verfassung.

Scheiterte die Regierungsbildung auf Grund eines solchen Gegenwartsprogramms an der Weigerung der Deutschen Volkspartei oder einer anderen Gruppe und zwingt man dem Volk trotz des Wahlergebnisses eine Art Bürgerblock auf, dann bilde dieses Programm die Grundlage für den Kampf der sozialdemokratischen Opposition.

Die Zustände im Saargebiet.

Deutsche Not an den Völkerbund.

Das Auswärtige Amt veröffentlicht in einer Broschüre den Notenwechsel über die französischen Schulen im Saargebiet. Zum Schluß wird eine bisher noch nicht bekannte deutsche Note vom 1. Dezember 1924 an den Generalsekretär des Völkerbundes wiedergegeben, die unter Hinweis auf den Notenwechsel mit der französischen Regierung der Erwartung Ausdruck gibt, daß der Völkerbund Maßnahmen treffen wird, um die Verhältnisse auf dem Gebiet des Schulwesens im Saargebiet mit den Bestimmungen des Vertrags von Versailles in Einklang zu bringen. In der Note hält die deutsche Reichsregierung ihre früheren Behauptungen über Drangsalierung der deutschen Bewohner im Saargebiet, die ihre Kinder nicht in französische Schulen schicken wollen, aufrecht. Sie sagt darüber u. a.:

Es ist im Saargebiet weitverbreitete Ansicht, daß bei Anstellungen und Beförderungen im Bereich der Grubenverwaltung der bevorzugt wird, der keine Kinder in die französische Schule schickt, und daß Bergleute, die dies ablehnen, bei der ersten Gelegenheit entlassen werden oder sonstigen Nachteilen ausgesetzt sind. Es lassen sich ferner auch eine ganze Reihe von Einzelbeispielen anführen, in denen die Grubenverwaltung oder ihre Beamten Zwangsmittel angewandt haben, um deutsche Kinder zum Besuch der französischen Schulen zu veranlassen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die Wohnungsfrage. Der deutschen Regierung steht über solche Fälle ein ziemlich reichhaltiges Beweismaterial zur Verfügung.

In einer Anlage werden sieben verschiedene Fälle von Drangsalierungen deutscher Bewohner des Saargebietes an den genannten Gründen aufgeführt. Namen sind nicht genannt worden, weil die Beteiligten dringend bitten, sie nicht zu nennen, da sie glauben, dadurch weiteren französischen Druckmitteln ausgesetzt zu werden.

Zensurverbote. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die „Goldaper Zeitung“ in Goldape und die „Billkaller Grenzzeitung“ in Billkallen auf die Dauer von zehn Tagen verboten. Die Verbote erfolgten auf Grund der abgedruckten Bezeichnung der Reichsflaggen.

Gruß an die englischen Quäker.

Von Armin I. Wegner.

In diesem Jahre sind drei Jahrhunderte seit der Gründung der Quäker durch George Fox vergangen.

Die Insel eurer Freundschaft liegt hinter mir. Noch einmal, gute Freunde, lausche ich aus der Stille innerer Wälder zu euch hinüber. Noch einmal empfinde ich das große Gefühl, da ich im Dunkel zuerst die englische Küste betrat und milde Feuchte mir von den nebligen Wiesen entgegenwehte. Wie kam es, nach den Reisen durch so viele Länder, daß ich so spät zum erstenmal diese nahe Küste berührte? Noch einmal denke ich an die Stunde, da ich in dem gleichen Dunkel Abschied nahm und schon die süße Reife des Herbstes aus der feuchten Scholle zu atmen schien. Ein langer Wunsch ging in Erfüllung: Ich bin mit euch durch die Luft und die Trauer eurer Städte gegangen. Ich habe mit euch an euren Tischen gekostet, in euren Kammern geschlafen. London, die Wälder, rief mich an ihre Brust. Aber unbefürchtet ging ich durch das Gatter ihrer tödlichen Zähne; denn über meinem Haupte fühlte ich die Hand eurer Gastlichkeit. Ihr räumtet mir ever Haus, eure Bettstatt ein, nicht wie einem Gast, nein, wie einem Sohn und Bruder. In den Feuern eurer Kamine habe ich die frierenden Füße gewärmt, den bernsteinfarbenen Tee getrunken. Ich bin der Freund eurer Hunde und Katzen geworden. Ihr wart selber arm und gabt noch von eurem Reichum.

Der Sturm aus der Seele eures Volkes hat mich erschüttert, als ich mit euch verloren unter Zehntausenden sah und die Masse in den Rängen sich über uns aufstürzte wie die Erdwände eines Kraters. Auf euren Versammlungen an den menschenstompfenden Straßen von London, im Nebel von Glasgow und Edinburgh, in den schweren Backsteingassen von Sheffield habe ich mich mit euch in den Streik der Worte und Gedanken gemessen, mit euch auf stillen Zusammenkünften und den späten Turndächern des alten Landschlösses von High-Beigh, in der Dämmerung gebogener Fenster Einkehr gehalten, wenn minutenlang um uns das Schweigen war und ihr Zwiesprache hielten mit dem Götlichen. Aber die Stirn habe ich nicht mit euch auf das Tischuch eurer Ordele gebeugt — ich, ich habe es noch, dem Erhabenen stolz in das Antlitz zu schauen! Eure Füße haben mich durch die neblige Heide begleitet, wo auf heckenumsummten Hügeln, glühend von Tau, das Vieh lag, durch neblige Gassen altertümlicher Städte, in die spitzgewölbten Tore hundertjähriger Kathedrales, deren Türme in Wolken wohnen und wo auf den schmalen Schalen der Fenster ein ewiger Frühling blüht. In den Burghöfen des alten St. Johns-College in Cambridge, dessen Mauern in dunklem Rot leuchten, wie das vom Herbst gefärbte Weinlaub, habe ich mit euch leuchtend, rauchend und meditierend vor dem flackernden Feuer über Büchern gesessen. Fern in

einem Winkel Schottlands sangt ihr voll rührender Einfalt mit deutsche Lieder vor. In einer Versammlung geschah es, daß aus eurer Mitte mir die Gestalt eines blinden Greises nahe und tastete nach mir, die Hand des deutschen Freundes zu fassen.

Ich denke zurück und taum gelangt es mir, all eure Namen zu nennen, eure Gesichter zu unterscheiden. Aber ich sehe noch einmal den Glanz eurer Stirnen wieder, ihr wunderlichen Männer und Frauen, viele, viele zwischen den Köpfen einer laufenden Menge, hastig gedrückte Hände auf Korridoren, im Gemüht des Bahnhofes, und ein Lächeln, das mir von einem greisen Gesicht zufließt, wie die letzte Wärme eines sterbenden Baumes. Wie kam es nur, daß eure Hand mich zuweilen berührte, mich, den ihr niemals gesehen, zärtlich, als wolltet ihr mich um Bergelung bitten für eine Tat, die ihr niemals getan. Die ihr mit waffenlosen reinen Händen im Gefängnis saßet und durch die Tapferkeit eurer Güte noch eure Wächter und Henker entwarfnet habt. Was war es nur, was mich in eurer Mitte so sehr bewegte? War es das einsame, von Nebel verhängte Land, über dem die Trauer des Regens hing? War es die Gewalt eurer mächtigen schwarzen, von dem düsteren Öfen der Maschinen durchbedeten Städte? War es die Güte und die Sanftigkeit eurer Worte, die Gesichtlichkeit eurer Häuser, das Reue und Ungewohnte, das mich umgab? Oh, meine Brüder, ich denke, es war die Liebe! Und ist sie nicht am schönsten dort, wo sie sich über den Völkern erhebt zu jener Keinen aber engen Gewissheit über den Staaten, die sich zu den Kernsten hinabbeugt, den Hungernden und Verirrten in den Ländern? Denn Gott ist das Gute in uns. Und soll eure Tat leichter wiegen, weil auch ihr von einem Gewitter der Finsternis umgeben seid wie wir? Ist es nicht schön, für Stunden die Augen zu schließen, nur das Säuseln des Windes zu hören, der durch die Blätter geht und nicht zu glauben, daß fern hinter Wolken noch immer der Stern steht, finstler, blutdürstig und voll Rachegeboten?

Noch einmal lausche ich nach dem Brausen eurer meermembranten Insel hinüber. Und seid nicht auch ihr eine Insel? Wird nicht einmal die Stunde kommen, da dieses schmale Eiland sich von Grunde des Meeres löst, um wie ein Schiff seine heimliche Botchaft an die Küsten aller Länder zu tragen? Verödnung! Wir wissen es nicht. Wir zweifeln. Aber niemals können wir verzweifeln, solange Menschen auf der Erde da sind wie ihr.

Zu schwach die Fülle der Nahrung und Freude über euch auszusprechen, die ihr verdient seht bei euch diesen Gruß des Dankes. Sendet die Erinnerung zu Gott bei euch, bis zu der Stunde, da auch ihr herüberkommt, an unserm Herde zu wohnen, bis zu der Stunde, da aus dem Herzen des Nächsten in dieser oder jener Stadt Europas, unter dieser oder jener Wüste der Nationen und Rassen mit der gleichen Atem der Gemeinshaft entgegenkommt. Denn ihr seid das Salz und die Hefe der Erde, die in der Teig der Völker geworfen, das Brot schaffen, von dem die Seelen der Zukunft leben.

Dank euch bis zur Stunde der Selbstvergehung alles Guten! Freunde seid gegrüßt!

Estimos.

„Unter den Estimos Grönlands und Kanadas“ heißt das Thema, über das der Polarforscher Christian Beden in der Urania spricht. Obwohl der Redner als Norweger die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrscht, trägt er doch so selbst vor, daß man ihm stundenlang lauschen möchte. Fast jeder Satz birgt Neues. Die kanadischen Estimos haben die gleiche Sprache wie die Grönlandestimos. Beden lebte im Zeitraum von drei Jahren bei sechs verschiedenen Estimosstämmen. Er war bei kanadischen Estimos, die von der Jagd lebten, aber noch nie einen Seehund gesehen hatten. Bäume bedeuten für sie das Ende der Welt. Wenn sie bei ihrer Wanderung auf Bäume stoßen, kehren sie um und eilen wieder in ihre Gemäuer. Im Winter leben sie in Schneehäusern, im Sommer unter Zelten. Zwölf Familien hausen oft in einem Schneehaus. Sie verlassen es, sich sauber zu halten, ohne sich zu waschen. Ungeziefer findet man nur bei einigen zivilisierten Stämmen in Grönland. Als sehr große Delikatessen gilt der Genuß gefaulenen Fleisches. Wenn ein geistiger Seehund einund-einhalb Jahre unter einem Stein begraben liegt, zweimal bereits von der Frühlingssonne aufgetaut wurde und infolgedessen etwas riecht, ist er ein Lederbissen. Die Estimos werden nach einem solchen Genuß nie krank, nur lustig, wie der Europäer es wird, wenn er Alkohol genießt.

Ein Mann kann so viel Frauen haben, wie er will, eine Frau auch so viel Männer, wie es ihr beliebt. Liebt eine Frau einen anderen Mann, dann steht der Ehegatte der Vereinigung meistens nicht im Wege. Er sagt: so behalte ich meine Frau, denn sie wird leben, auch der andere Mann ist nur ein Mensch. Die Estimosfrau ist sehr fleißig, sie ist Schneider, Schuster, Zeltmacher. Ihre Kinder säugt sie bis zum 12. Jahre. Die Eisbären gelten für die schlafendsten Geschöpfe auf Erden nach den Estimos. Der Eisbär darf nicht durch einen Flintenschuß getötet werden, sondern der Estimo, mit dem Messer in der Hand, kämpft einen ehrlichen Kampf mit dem Bären. Zudem ist er höflich gegen ihn, denn auch der Eisbär hat eine unsterbliche Seele und der Estimo möchte nicht gerne im Jenkelt einem beleidigten Eisbären begegnen.

Die Estimos sind die friedlichsten, ehrlichsten Menschen. Sie kennen kein Oberhaupt, der eine ist dem anderen gleich. Streitigkeiten unter einander werden so geschlichtet, daß die beiden Kämpfer trommeln und singen und der beste Sänzer der Streitigkeit Sie glauben an Gott, aber Gott muß eine Mutter sein. In einer ganz schlechten Weise glauben sie nicht. Und ein christlicher Missionar, der jahrelang sich bemühte, den Estimos den Glauben an den Teufel beizubringen, hatte schließlich den Erfolg, daß die Estimos sagten, ja, wenn es so schlechte Menschen wie die Missionare gibt, dann wird es wohl auch einen Teufel geben. Hören die Estimos von den Streitigkeiten der weißen Menschen untereinander, dann sagen sie, da könne diesen armen Menschen nicht geholfen werden. Die Weichen kommen von einem Estimomütterchen und einen Hunde ab. Das ist eben das Hundebrot, das sich in ihnen regt.

Der Film, der unter unglücklichen Schwierigkeiten zustande kam konnte technisch nicht vollendet sein, aber durch den erläuternden Vortrag wurde er außerordentlich interessant.

Eröffnung des englischen Parlaments.

Imperialistische Thronrede.

London, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Heute, Dienstag wurde das neue Parlament vom König eröffnet. In seiner Thronrede sagte er u. a.: Die Beziehungen Englands zu den anderen Nationen sind andauernd freundschaftlich. Die feindselige Bewegung gegen die britischen Rechte und Interessen in Ägypten, die von der Regierung Joghla Pascha eher ermutigt als gedämpft wurde und die ihren Höhepunkt in der Ermordung des Sirdars erreichte, zwang die britische Regierung zu Sicherheitsforderungen. Diese Forderungen, die von der gegenwärtigen ägyptischen Regierung angenommen wurden, sichern diese für das britische Imperium lebenswichtigen Interessen. Mit diesem Interesse werden die bedauerlichen Beratungen des Völkerbundes und des Völkerbundesrats, zu dem eben der Außenminister nach Rom gefahren ist, verfolgt. Auf dieser Reise hat er die Ministerpräsidenten Frankreichs und Italiens gesprochen. Die Regierung hat noch nicht Zeit gehabt, mit den Regierungen der Dominions das Genfer Friedensprotokoll so zu studieren, wie es seine Bedeutung erfordert. Sie hat aber begonnen die schwerwiegenden Fragen zu prüfen. Die britische Regierung ist

nicht in der Lage, dem Parlament die Verträge zur Ratifikation vorzulegen, die am 8. August mit der Sowjetregierung abgeschlossen

wurden sind. Ich wünsche jedoch normale Beziehungen zwischen beiden Ländern und glaube, daß dazu eine Möglichkeit besteht, wenn die Sowjetregierung sich zu einer strikten Erfüllung der Bedingungen bereit findet, die für freundschaftliche internationale Beziehungen notwendig sind. Vorläufig ist das Handelsabkommen mit Rußland von 1921 eine geeignete Grundlage für die gegenwärtigen Handelsbeziehungen. Der Handelsvertrag mit Deutschland ist abgeschlossen worden. Er fordert die Abgeordneten der beiden Häuser auf, den Vertrag anzunehmen. Den Abgeordneten wird weiterhin der Vertrag mit Italien über die Abtretung eines Teiles des Sudanlandes zur Genehmigung vorgelegt werden. Es ist meine feste Überzeugung, daß auf dem Wege der

langsten Zusammenarbeit mit den Dominien

und Indien der Schlüssel zum industriellen Fortschritt und zur Stärkung der Einheit und Macht des Imperiums liegt. Der Politik der Ermüdung der britischen Kolonien und des gegenseitigen Handels zwischen den verschiedenen Teilen des Imperiums wird von der Regierung die größte Bedeutung beigelegt. Auf Grund der Vorschläge der letzten wirtschaftlichen Reichstagskonferenz ist dem Handel der einzelnen Reichsteile gegenseitig eine Vorzugsstellung gesichert. Die Regierung beschäftigt sich ernstlich mit dem Plan der

Erweiterung des Flottenstützpunktes von Singapur.

Es wird jede Anstrengung gemacht werden, die öffentlichen Ausgaben soweit einzuschränken, als es die Sicherheit und Wirksamkeit des Staates erlaubt. Die gegenwärtigen schweren Steuerlasten sind ein Hindernis für das Wiedererleben des Unternehmungsgeistes und eine bessere Beschäftigung. Die gegenwärtige

Steigerung der Arbeitslosigkeit

macht große Sorgen. Sie wird vom Kabinett mit größter Aufmerksamkeit bekämpft werden. Die Regierung prüft verschiedene Pläne für die Arbeitslosenfürsorge einschließlich der Fürsorge für die unendlichen Arbeitslosen. Das Kabinett beschäftigt sich auch mit der Untersuchung der Möglichkeit einer Alters- und Witwenversicherung.

Die Thronrede schloß mit dem Hinweis auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Erziehung und auf die Kommission zur Prüfung des Abbaues der Lebensmittelpreise.

Erwidern des Oppositionsführers.

London, 9. Dezember. (M.T.B.) In Erwidern auf die Thronrede erklärte Macdonald bei der feierlichen Eröffnung des Parlaments, er begrüßte die Thronrede, daß er der Katatonia des Völkerbundes bedauere, da es von größter Wichtigkeit sei, daß Großbritannien durch eine maßgebende starke Persönlichkeit vertreten werde. Er sei überzeugt, daß Chamberlain nach seiner Rückkehr über seine Besprechungen mit Herriot und Mussolini berichten werde. Macdonald fragte sodann nach der Stellungnahme der Regierung zu dem Genfer Protokoll, begrüßte die freundlichen Worte, die der König in der Thronrede in bezug auf Ruß-

land gebraucht habe und fragte schließlich, was das Schicksal der übrigen Vereinbarungen, die in den Verträgen mit Sowjetrußland abgeschlossen worden seien, sein würde. Die oppositionelle Arbeiterpartei habe sich entschlossen, einen Änderungsantrag bezüglich der Regierungspolitik in Ägypten und Rußland zu stellen.

Weiter die Unterhausdebatte wird weiter gemeldet: Macdonald erinnerte daran, daß, während die Konservativen bei siebenhundert Millionen Stimmen 400 Mitglieder erhielten die Arbeiterpartei bei fünfzehnhundert Millionen Stimmen nur 150 Mitglieder erhalten haben. Die Thronrede sei außerordentlich lang, enthalte jedoch sehr wenig.

London, 9. Dezember. (M.T.B.) Nach Macdonald sprach Lloyd George. Er erklärte, er sei sehr, sehr froh, daß die Regierung es vollkommen klar mache, daß sie trotz Verwerfung der russischen Verträge nicht beabsichtige, die Beziehungen zu Rußland abzubauen. Er hoffe jedoch, die Regierung werde sich nicht damit begnügen, den Vertrag fallen zu lassen und nichts anderes zu tun. Lloyd George bedauerte die Abwesenheit Austen Chamberlains, da das Haus ihn über wichtige Angelegenheiten befragen wolle, insbesondere bezüglich seiner Besprechungen mit den Premierministern Frankreichs und Italiens. Bezüglich des Genfer Protokolls erklärte Lloyd George, er sei sehr froh, daß die Regierung beschließen habe, diese Frage zu untersuchen, bevor sie zu einer Entscheidung darüber gelangt sei. Lloyd George erwähnte in der Thronrede die Bezugnahme auf irgendeinen Versuch, den die Regierung unternehmen will, um die Frage der interalliierten Schulden zu behandeln.

Premierminister Baldwin

erklärte, Chamberlains Besuch in Rom sei von übertragender Bedeutung. Er hoffe, Chamberlain werde Ende der Woche zurückkehren und nächste Woche könnten dann die auswärtigen Angelegenheiten erörtert werden. Baldwin fuhr fort, es wäre schwierig gewesen, einen kurzen Paragrafen über eine so verwickelte Frage wie die der interalliierten Schulden abzufassen. Diese Frage müsse bald im Unterhaus erörtert werden, am liebsten nächste Woche, und der Schatzkanzler würde bereit sein an der Erörterung teilzunehmen. Die eigentliche Debatte über die Thronrede soll am Donnerstag und Freitag stattfinden. Die Konservativen beschließen, eine Vertagung des Unterhauses nach Beendigung der Thronrede bis zum 10. Februar zu beantragen.

Im Oberhaus brachte Lord Birmouth eine Antwortadresse auf die Thronrede ein und erklärte, der Beschluß bezüglich der Einrichtung Singapurs als Flottenstützpunkt werde im gesamten Reich, insbesondere in Australien und Neuseeland, begrüßt werden. — Lord Haldane (Arbeiterpartei), der im Rahmen der Opposition sprach, legte mit Bezug auf Ägypten, der Regierung sei kein anderer Weg geblieben, als prompt zu handeln. Das ägyptische Volk müßte daran erinnert werden, daß es gewisse endgültige Verpflichtungen eingegangen sei, die durchgeführt und geachtet werden müßten. Es sei für England nicht notwendig, den Sudan zu annektieren, es würde genügen, wenn es dort als Mandatsmacht des Völkerbundes sei.

Beim Reaktor Kommunistenpuff wurde der Inspektor der deutschen Domschule Edward Grünwald, ein Mann von 61 Jahren, auf dem Wege zur Schule in einer Straße, die er ohne Erlaubnis von dem Ausbruch des Aufstandes betreten hatte, von Kommunisten niedergeschossen.

Der republikanische Wahlsieg.

Die Beurteilung des Auslandes.

Beim Parteivorstand sind weiter folgende Telegramme eingegangen:

Kopenhagen, 9. Dezember. Die dänische Sozialdemokratie begrüßt den großen Wahlsieg der deutschen Arbeiterpartei als das Resultat eines selbstbewußten, nie versagenden Kampfes gegen Anarchie, Reaktion und Militarismus im wahren Interesse der schwergeprüften deutschen Arbeiterklasse. Mit eurem Sieg marschieren der Weltfrieden, die Völkerbrüderung und die Hoffnung der internationalen Arbeiterbewegung. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Jr. Andersen, Vorsitzender. Alfing Andersen, Sekretär.

Haag, 9. Dezember. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands wünscht ihrer deutschen Bruderpartei herzlich Glück zu ihrem glänzenden Wahlsieg, der für den Sozialismus und den Weltfrieden so vielversprechend ist.

Bliegen, Parteivorstandender. Die Arbeiterkammer für Niederösterreich in Wien hat bereits in der Nacht zum Montag, als sie trotz des katholischen Feiertages bei uns anrief, um das Wahlergebnis zu erfahren, der reichsdeutschen Arbeiterpartei die herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

Geteiltes Urteil in England.

London, 9. Dezember. (M.T.B.) Das Ergebnis der deutschen Wahlen wird in sämtlichen Morgenblättern in Leitartikeln erörtert. Die liberalen Organe äußern sich sehr befriedigt über die Niederlage der extremen Parteien. Das Blatt Lloyd Georges, „Daily Chronicle“, sagt, soweit sich die Ergebnisse der letzten Wahl von dem der Wahlwahl unterscheiden, sei der Unterschied hoffnungsvoll für Europa, es sei ein Zeichen für die bessere und gesündere Atmosphäre, die durch die Annahme des Dawes-Berichtes und durch den französischen Bericht auf Amerika der Welt und des Rheinlandes zustande gebracht worden sei. Der neue Reichstag werde fortschrittlicher sein als der alte, in diesem gemäßigter und viel sicherer für die Demokratie. Das Ergebnis sei ermutigend für diejenigen Leute in den allerersten Ländern, die immer der Ansicht waren, daß die gereinigte Art und Weise, die gesunden Tendenzen in Deutschland zu stärken, die sei, nicht Deutschland im Sinne Poincarés zu brutalisieren, sondern es fair zu behandeln. In „Daily News“ heißt es: Die Parteien, die gewonnen haben, sind für eine friedliche Regelung, die Parteien, die verloren haben, sind die „wilden Männer“ der beiden Flügel. Daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die wirklich wesentliche Gewinne erzielt hat, ist ein sehr gutes Omen für die harte republikanische Republik. „Westminster Gazette“ erklärt, der Ausfall der Wahlen sei nicht überraschend, es sei schon lange deutlich gewesen, daß die Politik der Bedrückung und Verunsicherung Deutschlands gegen diejenigen zurückzuführen wäre, die sie anwandten. Die diplomatische Atmosphäre sei im ganzen besser als seit vielen Jahren. Die deutschen Wahlen bezeichnen einen neuen Fortschritt auf dem Wege zu ruhigen Zuständen, deren Europa so dringend bedürftig sei.

Von den konservativen Blättern beurteilt „Daily Telegraph“ den Parteiausfall ziemlich skeptisch; er schreibt: Die Reaktion gegen die Feinde der Republik sei nicht so stark gewesen, wie man erwartet habe. Eine stabile, in sich selbstversicherte Mehrheit wäre im neuen Reichstag nicht vorhanden. Es scheint, daß die Arbeiterpartei wieder das Jüngerlein an der Bore habe. Welches die Lage der künftigen Regierung sein werde, lasse sich noch nicht sagen. Zum mindesten gebe es aber keine reaktionäre Mehrheit, und die Anhänger der Verfassung seien im neuen Reichstag stärker als im alten. Vom internationalen Standpunkt aus gesehen scheint also kein Grund zur Besorgnis zu bestehen. „Times“ schreibt:

Italienische Mordprozesse.

De Bonis Mitschuld am Matteotti-Mord.

Rom, 9. Dezember. (E.P.) Der Präsident der Untersuchungskommission des Senats, Melodia, hat am Dienstag Donat erfangen, der ihm die in seiner Anzeige gegen den General de Bono erhobenen Beschuldigungen bestätigte. Die Anzeige wurde dem Staatsanwalt beim obersten Gerichtshof, Santoro zur Prüfung der Anklage und Vornahme von Erhebungen zugestellt. Sein Gutachten wird er alsdann an die Untersuchungskommission leiten, die aus 7 Senatoren besteht und alle Befugnisse einer Untersuchungskommission besitzt, um die in der Anzeige erwähnten Zeugen zu verhören und in die Dokumente der Untersuchung der Affäre Matteotti Einsicht zu nehmen. Wenn die Beschuldigungen bewiesen werden können, so müsse der Senatspräsident den General de Bono laut „Sereno“ absetzen lassen. In diesem Falle würde sich der ganze Prozeß gegen den moralischen und materiellen Urheber der Ermordung Matteottis vor dem obersten Gerichtshof des Senats abspielen.

Ein anderer General überführt.

Rom, 9. Dezember. (Eca.) „Observatore Romano“, das Organ des Vatikans, verlangt, daß auf Grund der neuen Tatsachen, die im Prozeß des Generals Balbo bekannt wurden, die Untersuchung wegen der Ermordung des Priesters Menzoni wieder aufgenommen wird. Die „Voce Repubblicana“ hatte bekanntlich Balbo die moralische Verantwortung für die Tötung Menzonis vorgeworfen, und Balbo hat dann den gegen die Zeitung angestrengten Verleumdungsprozeß verloren.

Scharfe Sprache der Opposition.

Mailand, 9. Dezember. (Eca.) „Corriere della Sera“ schreibt, allen Enthaltungen über die Gewalttätigkeiten des Faschismus sei das eine gemeinsam, daß sie niemanden übertäuschen. Es sei bereits unvermeidlich geworden, der Frage nach der Verantwortlichkeit für alle Gewalttaten und Ungerechtigkeiten bis zur vollständigen Klärung nachzugehen. Man kämpfe jetzt nicht mehr um politische, sondern um strafrechtliche Fragen. Die Regierung jedoch bringe gerade in dieser Periode der notwendigen Klärung einen Gesetzentwurf ein, der die Freiheit der Presse einschränken soll. Die größte Gefahr für Italien sei nicht der Faschismus, sondern die Abneigung der Regierung gegen die Wiederherstellung der staatlichen Autorität.

„Rondo“ hebt hervor, daß Mussolini in seiner letzten Senatsrede angeordnet habe, falls ihm Parlament und Senat das Vertrauen entziehen, sich zusammen mit seiner bewaffneten Miliz in die Opposition zu begeben. Unter solchen Umständen seien alle seine Zusicherungen nichts als eine feige Lüge, denn die Androhung des Bürgerkrieges sei eine Erpressung an allen verfassungsmäßigen staatlichen Gewalten. Viele Senatoren hätten nur aus Angst vor den Folgen eines bewaffneten Widerstandes des Faschismus ihre Stimme für die Regierung abgegeben. Sie hätten dadurch nicht so sehr ihr Vertrauen als ihre Vorsicht zum Ausdruck gebracht.

Männerchor Fichte-Georgia 1878. Während draußen auf den Straßen die mehr oder minder geschmacklos dekorierten Propagandawagen vorbeifahren, kurz vor Tagesanbruch, hört in der Philharmonie eine treue Gemeinde ein Konzert von Wilhelm Knöchel mit seinem Fichte-Georgia, das in mehr als einer Beziehung sehr interessant ist. Ein Männerchorkonzert mit Beethoven's „Egmont“-Ouvertüre Brahmscher „Rhapsodie“, „Tod und Verkündigung“ von Strauß, schließlich die große Sinfonie-Ode für Männerchor, Solo und großes Orchester von Jean Louis Nicodé, alles unter demselben Dirigentenstab, das ist nichts Alltägliches. Noch vor zehn Jahren hielten Dirigenten der hervorragendsten Männerchöre, wenn sie ein Chorkonzert mit Orchester gaben, selbst für ihre einfachen Choraufgaben gewöhnlich ein ziemlich lässliches Bild, wo kein „Egmont“ oder „Tod und Verkündigung“ dazu kam. Heute kommt ein Dirigent mit 100 Männern aus dem arbeitenden Volke und führt diese Aufgabe ehrenvoll durch. Hätte er noch eine höhere Note ertungen, so wäre es eine Sensation gewesen. So war es Erfolg genug für Wilhelm Knöchel, daß er an der Spitze des Berliner Sinfonieorchesters „Egmont“ und das Straußsche Werk wie ein guter Orchester-Mitteldirigent ausführte. Er ist noch etwas im Format zu klein für ein Orchester, arbeitet sich an den Einzelheiten ab, wo es nicht nur tut, und läßt dann den großen Bogen etwas außer acht, der erst das Ganze krönt. So waren die gewaltigen Gegensätze im „Egmont“ und der Kampf in „Tod und Verkündigung“ nicht sonderlich geschickt durchgeführt. Dennoch war es eine Tat, die schönen Hoffnungen Raum gibt. Das Hauptwerk für den Chor war Nicodé's „Meer“. Der Chor war absolut sicher, in der Intonation rein, in der Tongebung nie rau oder säuerlich. Man vermischte über etwas größere Passagen, am meisten in den Doppelchören von „Egmont“ und „Tod“ und den ebenfalls langlichen Reiz, der im Kampf um das gefährliche sichere Festhalten verloren ging sowie die leuchtenden Klänge. Das Allfals in der Brahms-Rhapsodie und hier im „Meer“ führte Hetta v. Schmidt-Schwerin erfolgreich durch. In der „Rhapsodie“ behinderte die Wirkung, die wenig stabile Hetta, auch der Mangel an archaischem breiten Ausdruck während die „Halla Morgana“ ihrem schönen Altmaterial und natürlichen Sinnen mehr entgegenkam. H. M.

Der Erreger des Krebses einwandfrei festgestellt? Aus München kommt die sensationelle Nachricht, daß es Dr. Otto Schmidt nach jahrelanger Tätigkeit auf dem Gebiete der Krebsforschung gelungen sei, den Erreger des Krebses einwandfrei festzustellen. Dr. Schmidt will seine bahnbrechende Forschung in der nächsten Zeit in Buchform veröffentlichen. Bevor diese Veröffentlichung erfolgt ist, wird man gut tun, die Meldung mit einiger Skepsis aufzunehmen.

Im Brein für Dänische Kunstwerke. Heute abend 8 Uhr im Schauspielhaus des alten Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Straße 7a, Welheimer Regie unter Prof. v. W. R. Friedländer. Über „Das Deutsche Volkslied“, mit musikalischen Erläuterungen. Eintrittskarten am Einlass.

Eintrittskarten des Sturm. Wegen Erkrankung des Autors findet heute 8 Uhr des amnestischen Cabarett-Abends ein Musikabend mit Kompositionen von Hermann Walden statt.

Freitag, Freitag spricht im Bund Deutscher Bedrängter (Volkshamer Straße 120) Paulus Reiter-Graef über „Das Ränkerplakat“ (mit Demonstrationen).

Deutschland hat entschieden geantwortet, daß die Mehrheit des Volkes die „Erfüllungslosigkeit“ und den Dawes-Plan unterstützt. Es besteht aber eine starke Widerheit für die Wiederherstellung der Monarchie und für eine „Revision“ des Dawes-Planes, die ihn unfehlbar zerstören und dadurch die ersten internationalen Verwicklungen herbeiführen würde. Die Wahl kann sicher als eine Bestätigung des Friedens aufgefahrt werden, aber sie bedeutet nicht, daß die Nationalisten ihr Programm aufgeben haben oder aufgeben werden oder daß andere Parteien ihr Einverständnis mit Punkten dieses Programms, wie „territoriale Revision“ an der Ostgrenze oder sonstwo, aufgegeben haben. Das Blatt führt weiter aus, abgesehen von der Niederlage der Extremisten rechts und links bleibe die Lage die alte. Das Drafel des Volkes habe eine so zweideutige Antwort gegeben, daß die Schwierigkeit der Bildung einer Regierung mit einer starken und sicheren Mehrheit hinter sich ebenso groß sei wie zuvor. „Daily Mail“ erklärt, das Ergebnis der Wahlen sei entscheidend, die Lage bleibe die alte.

„Financial Times“ meint: Das Wahlergebnis ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die Wiederherstellung Europas. Deutschlands Wünschen werden seiner inneren Lage zugute kommen und das Vertrauen der Kapitalisten des Auslandes steigern. — Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt: Die Deutschen beweisen ihren gesunden Sinn. Das deutsche Volk, die deutschen Sozialdemokraten und Europa müssen zu dem Wahlergebnis begrüßungswillig werden.

Französische Stimmen.

Paris, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die reaktionäre Presse in Frankreich bemüht sich, den Erfolg, den die republikanisch-demokratischen Parteien in Deutschland bei den Wahlen davongetragen haben, zu verkleinern und als unwesentlich hinzustellen. Der Zweck dieses Wanders ist vor allem innerpolitischer Natur, und wenn Blätter, wie das „Echo de Paris“ Herriot höhlich vorhalten, daß sein Liebeswerben um das demokratische Deutschland ein klägliches Fiasko erlitten habe, so zeigt das deutlich, daß diese Seite in erster Linie gegen die eigene Regierung und den Staat der Linken gerichtet ist. Bemerkenswert sind auch die Auslassungen der „Information“, die daran erinnert, daß nach 1870 in Frankreich die republikanische Verfassung nur mit der Zustimmung von einer einzigen Stimme beschloffen worden ist, ein ganzes Jahrzehnt lang die Republik auf sehr schwachen Füßen gestanden hat und wiederholt gegen die gefährlichen Angriffe ihrer Gegner verteidigt werden mußte. Wichtiger als diese Auseinandersetzung zwischen Republik und Monarchie, die aller Wahrheitsliebe noch zugunsten der ersteren ihre Entscheidung finden wird, sei für die nächste Zukunft die Frage der Regierungsbildung in Deutschland. Wenn es gelingen sollte ein Kabinett aus den Linksparteien zu bilden, so werde dadurch die Sache des Friedens erheblich gefördert werden. Wenn dagegen die Volkspartei des Herrn Stresemann an der Spitze aufs neue Gelegenheiten zu ihrer machiavolistischen Taktik finde, so könne man auf unangenehme Überraschungen in den diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und auf eine beträchtliche Verzögerung der Wiederaufnahme normaler Beziehungen gefaßt sein.

Wahlschock aus Washington.

New York, 9. Dezember. (M.T.B.) Nach einer Meldung aus Washington betrachtet Präsident Coolidge die deutschen Wahlergebnisse als ein hoffnungsvolles Zeichen, insofern sie die Enfschlossenheit des deutschen Volkes anzeigen, den gemäß dem Dawes-Plan übernommenen Verpflichtungen weiter nachzukommen.

Stimmen der Völker.

Von der Arbeit der Lautabteilung der preussischen Staatsbibliothek.

Tote Buchstaben auf stummen Papier berichten heute von den Menschen vergangener Jahrhunderte. Nichts bringt uns den Klang ihrer Stimmen zurück. Erst die Menschen unserer Tage haben die Möglichkeit, auch ihre Stimme in die Zukunft zu retten, so daß sie zu tönen vermögen, wenn auch die Sprecher schon längst der Vergangenheit angehören. Der Phonograph, der Stimmenschreiber, ist das Werkzeug dazu und die Wissenschaft hat ihn in ihren Dienst gestellt. In großzügiger Weise wurde der Anfang zu einer wissenschaftlichen Erforschung alles Lautlichen und zu seiner Aufbewahrung für die Zukunft durch die Bildung der Lautabteilung bei der preussischen Staatsbibliothek gemacht.

Aus den Anfängen der Lautabteilung.

Während des Weltkrieges füllten sich die Gefangenenlager Deutschlands mit allen Völkern, die man in Europa versammeln konnte, um hier die Schächten der Entente zu schlagen. Auf Anregung des Professors Doegen, des jetzigen Leiters der Lautabteilung der preussischen Staatsbibliothek, wurde damals begonnen, das babylonische Sprachengeweir unter den Gefangenen in Einzelstunden auf Phonographenplatten zu bannen. Damals arbeitete in den Gefangenenlagern eine wissenschaftliche Kommission unter der Leitung von Professor Stumpf, die die einzelnen Aufnahmen machte. Von jedem dessen Stimme auf die Platte kommen sollte, wurde ein Lichtbild gemacht, ein Fragebogen ausgefüllt, der nähere Einzelheiten über die Persönlichkeit enthielt, ferner wurde der ausgesprochene Text sowohl in der landesüblichen Schreibweise als auch in lautgerechter Schreibung niedergeschrieben und eine deutsche Uebersetzung hinzugefügt. Die Umdrehungsgeschwindigkeit der Aufnahmeplatten wurde so geregelt, daß die Membrane des Grammophons mit der Schwingungszahl des Kommerctons a bewegt wurde. Nur so war auch später die einwandfreie Tonwiedergabe der fertiggestellten Platten zu erzielen und die Möglichkeit zum Vergleichen gegeben. Nach Beendigung des Krieges wurde das begonnene Werk fortgesetzt und erweitert, so daß es heute alle Gebiete der Phonetik umfaßt, vom gesprochenen Wort bis zu den in der Natur auftretenden Geräuschen. Es sind heute allein mehr als 2000 Sprechplatten mit über 3000 Sprech-, Musik- und Gesangsstücken vorhanden. Die ganze Vielgestaltigkeit der Sprachen der auf der Erde lebenden Völker wird hier lebendig. Wie eng begrenzt erscheint nach der Vorführung auch nur eines kleinen Teiles der Völkervimmen die „völkische“ Einstellung, die nur in der eigenen Nation die Vollendung der Menschheit sieht.

Die Völker sprechen!

Es ist außerordentlich reizvoll, eine Vorführung von Lautplatten zu erleben. Auf der Steinwand erscheint z. B. das Bild eines persischen Gebetstuhls, der die Gläubigen warnt, die Allmacht Allahs zu vergessen. Die Perser können aber das „A“ nicht sprechen. Sie ersetzen es durch „am und n“. Dann läßt der Lichtbildapparat den Text des Gebetstuhls aufleuchten, die Uebersetzung folgt. Und nun gibt die Platte das geschriebene Wort im Tonfall des Persers wieder. Laut, eindringlich, hypnotisierend hallt das „Am-m-na“ durch den Raum. Man fühlt, wie diese Stimme die Schar der Gläubigen anzieht wie ein Magnet und sie in ihren Bann tut. Jetzt erst ist der Text lebendig geworden. Auge und Ohr vermitteln eine Vorstellung, wie sie klarer und deutlicher nicht gedacht werden kann. Oder, ein Hindu erzählt ein Mädchen in seinem Dialekt, einfach, primitiv und doch von prächtiger Klarheit. „Ein Papagei“, so erzählt er, „sitzt in seinem geschützten Nest. Draußen regnet es. Ein Affe friert. „Hast du nicht Hände und Füße wie ein Mensch?“ fragt der Papagei, „warum baust du dir keinen Schutz gegen das Wetter.“ „Ich werde mir kein Nest bauen“, jagte der Affe, „aber ich werde deinen zerföhren.“ Darauf machte er einen Sprung und das Nest des Papageis war zerstört. Der Papagei mußte frierend zugrunde gehen.“ Das klingt ganz harmlos, aber in der Anschauung der Indier ist der Papagei das indische Volk und der Affe ist England. Jetzt gewinnt das Märchen sofort ein ganz anderes Aussehen. Es führt uns hinein in die Denkweise des indischen Volkes und läßt uns seine

Leben ahnen. Aus dem Heiligum der Lautabteilung, in dem die Stimmen der Großen der Gegenwart gesammelt werden, wird die Platte Rabindranath Tagores herbeigebracht. In tadellosem Englisch, aber wohlklingend, weich, von unfaßbarer Wärme, beginnt Indiens Weiser seine Rede: *India is sacred . . . Indien ist heilig . . .* und er schließt mit indischen Worten, die wie Musik klingen, ungewohnt dem europäischen Ohr. Wie brutal, abgehakt, stoßweise spricht dagegen Wilhelm der Letzte, dessen Stimme noch dazu zwischen zwei Tonhöhen schwankt. In dieser Stimme ist nichts Sympathisches, und doch sollen überzeugte Monarchisten, solche, die am Altan hängen,



von dieser Stimme gerührt werden — wenn sie wissen, wer der Sprecher ist. Jeder nach seinem Geschmack . . . So wechselt eine Platte mit der anderen ab. Wir hören englische und französische Mundarten, Proben aus Afrika und Rußland, kurz, die ganze Welt spricht zu uns. Dabei ist es möglich, die einzelnen Worte zu zerpfücken, sie immer und immer wieder zu wiederholen, so daß man sie genau studieren kann. Das wird durch den von Professor Doegen erdachten „Stimmhalter“ ermöglicht, der die Nadel immer wieder zwingt, denselben Abschnitt der betreffenden Platte zu durchlaufen. Die Platte wird so zu einem hervorragenden Mittel des Sprachstudiums.

Kulturarbeit!

Ueber das rein Sprachliche hinaus vermittelt die Lautbibliothek Kenntnis des gesamten Volkslebens durch die Vermittlung von Geschichten, Märchen, Erzählungen, Arbeits- und Gesellschaftslieder,

Rätsel, Sprichwörter, Gebete usw. Der Auslandkunde dient die Sammlung in ausgezeichneter Weise. Sie wird der Zoologie, der Physik und auch der Medizin nutzbar gemacht. Hier sind es Platten, auf denen Tierstimmen, natürliche und künstliche Geräusche, wie das Raufen des Balbes, das Braulen des Windes, das Grollen des Donners, das Schlagen einer Uhr, die Trommelsprache der Afrikaner u. a. gebannt sind. Es würde zu weit führen, wollte man alle Sprachen und Mundarten im einzelnen nennen. Ein großer Stab hervorragender Gelehrter arbeitet an der Erweiterung dieser Lautbibliothek. Das gesamte Lautmaterial wird jetzt in der Lautabteilung selbst geschaffen, nach bestimmten Grundregeln geordnet und gesammelt, so daß es allen Forschungs- und Bildungsanstalten zugänglich gemacht werden kann. Die technischen Aufnahmeverfahren werden ständig vertieft. Die Lautschwingungen werden zunächst auf Wachsplatten übertragen, diese werden dann auf galvanoplastischem Wege in negative Kupferabzüge, sogenannte Kupferoriginalmatrizen, umgewandelt, die eine für menschliche Begriffe unbegrenzte Haltbarkeit besitzen. Von diesen Originalen werden dann die bekannten Schallplatten angefertigt. Mit der Lautabteilung ist eine Versuchsanstalt, ein Laboratorium und eine Werkstatt verbunden.

So wird daran gearbeitet, die Stimmen der Völker und alles, was irgendwie die besondere Aufmerksamkeit eines menschlichen Ohres zu erregen vermag, für die Ewigkeit festzuhalten, unsere Kenntnis zu vertiefen und somit Kulturarbeit im besten Sinne zu leisten.

Goldmarkbilanzen der Städtischen Werke.

Die Inflation der Papiermark hat die deutsche Wirtschaft in ein Trümmerfeld verwandelt. Jetzt, nach Stabilisierung der Währung, ist es erforderlich, die Trümmer wegzuräumen und die Wirtschaft von unten her, gleichsam von vorn, wieder aufzubauen. Eine der Maßnahmen, durch die die Neugeschöpfung der Dinge herbeigeföhrt werden soll, ist die Verordnung der Reichsregierung über die Aufstellung von Goldbilanzen bei den Aktiengesellschaften. Im Laufe der Inflationszeit waren nämlich die Bilanzposten stark vermehrt worden, sowohl die der Aktienseite, wie die der Passivseite. Auf der letzteren Seite steht bekanntlich das Aktientkapital. In den Bilanzen vom Ende 1923 mit ihren dreizehn- und mehrstelligen Zahlen finden sich reine Goldmarkposten und stark entwertete Papiermarkposten nebeneinander. Die Bilanzen waren völlig undurchsichtig geworden. Um in diese verworrene Materie Klarheit hineinzubringen, wurde die erwähnte Verordnung über die Goldbilanzen erlassen.

Der Verordnung über die Goldbilanzen unterliegen auch die drei Aktiengesellschaften der Berliner Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Die Gesellschaften waren am 8. Dezember v. J. mit einem Aktientkapital von je 100 Millionen Papiermark begründet worden. Da die Mark damals schon stabilisiert war zu dem bekannten Rubel von 1 Billion Papiermark = 1 Goldmark, so hatte also das Aktientkapital von 100 Millionen Papiermark am Tage der Gründung einen Wert von 1/100 Goldmark. Mit anderen Worten, die Gesellschaften wurden ohne ein effektives Aktientkapital ins Leben gerufen. Sie bekamen zwar von der Stadt verschiedene Aktien mit, wie Lagermaterialien, Maschinenstände usw., aber diese waren stark zusammengeschrumpft. Man erinnere sich, daß das Ende v. J. die Zeit des größten ökonomischen Niederganges war. Eine einzige Zahl aus der Wirtschaft der Unternehmungen möge das erläutern. Die städtischen Elektrizitätswerke, die noch im Juli 1923 über einen Kohlenlagerbestand von rund 55 000 T. verfügten, waren Anfang Dezember, als die Aktiengesellschaften begründet wurden, auf einen Lagerbestand von rund 5000 T. Kohlen heruntergewirtschaftet. Ähnlich lagen auch die Verhältnisse in den Gas- und in den Wasserwerken. Bei der Aufstellung der Goldbilanzen der drei Unternehmungen ist in erster Linie zu berücksichtigen, daß die Gesellschaften die Werke nur teilweise betreiben. Die Grundstücke, Gebäude, Betriebsmittel usw. der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sind Eigentum der Stadt, nicht der Gesellschaften. Die letzteren bedürfen für ihre Geschäftsföhrtung deshalb nur eines Betriebskapitals, das ausreichend ist, um die laufenden Ausgaben der Unternehmungen an Löhnen, Gehältern, Betriebsmaterialien usw. zu bestreiten. Bei der Festlegung der Goldmarkbilanzbilanzen, insbesondere bei der

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

An dem kleinen Hause in Holland Street waren alle Vorhänge heruntergelassen. Auf sein Läuten öffnete ihm niemand, auch nicht, nachdem er es sechsmal versucht hatte. Das Haus war öde.

Da stand er nun ein paar Schritte von dem Zimmer entfernt, in dessen Schreibtisch sein Revolver lag. In diesem Schreibtisch, der sein Buch hatte entstehen lassen, das niemand wollte, lag der Revolver. So wohnsinnig dumm, wenn man bedachte, wie nah er war und doch wie unerreichbar! Aber am hellen Tage in Joyce's Haus mit Gewalt einbrechen, ging doch auch nicht. Wieder kein Glück!

Ein junger Schühmann kam langsam daher, blieb drüben auf der Seite stehen und näherte sich dann Bertram. „Wünschen Sie hier etwas?“ fragte er Bertram argwöhnisch.

„Nein“, sagte Bertram. „Die Leute hier scheinen fortgezogen zu sein.“

„Steht so aus mit den heruntergelassenen Vorhängen,“ war die Antwort.

„Ja.“
Bertram schlenderte langsam die Straße wieder hinunter. Wieder kein Glück!

35.

Bertram ging durch die Kensington-Gärten, wo die Bäume im ersten jungen Grün prangten, dann durch den Hyde-Park mit seinen Tulpenbeeten, bis er mitten im Trafalgar Square Jane Welford traf. Auf den Zufall, sie in den Londoner Straßen zu treffen, war ungefähr mit einer Gewißheit von sieben Millionen zu eins zu rechnen, und doch fühlte er, daß diese Begegnung kommen würde.

„Hallo!“ grüßte sie ihn, wich einem Motoromnibus aus und rettete sich auf eine „Insel“.

„Was ist denn passiert?“

„Weshalb glauben Sie, daß überhaupt etwas passiert ist?“

Sie schob ihre Hand durch seinen Arm und meinte, sein Gesicht trage den Ausdruck eines Menschen, den ein böser Geist verfolgt. Dann befahl sie ihm, irgendwohin mit ihr zu gehen und Tee zu trinken. Sie hätte verzehrende Sehnsucht nach einem Schokoladentörtchen oder nach zweien.

In einem Teehause in der Nähe erzählte ihr Bertram alles, von seinem Besuch in Irland angefangen bis zur Ablehnung seines Buches.

„Ich bin fertig. Mit mir ist's aus,“ sagte er.

„Sehen Sie zu, wieviel Törtchen ich essen kann,“ war die kühle Antwort.

Er kannte sie gut genug und wußte, so sprach sie nicht aus Herzlosigkeit, sondern weil das so ihre Art war, mit Kummer fertig zu werden. Eine Berührung seiner Hand, ein „es tut mir so leid“, oder Stillschweigen, während nur ihre Augen ihr Mitgefühl verrieten — das war ihre Antwort auf seinen Bericht von dem Tode Digbys und seiner Mutter gewesen, und es war Teilnahme genug. Aber seinen Ausdruck „Mit mir ist's aus“ lehnte sie durch ihren Spott ab.

„Ich will ja nicht behaupten, daß das Schicksal Ihnen gerade die besten Karten verteilt hat. Im Gegenteil, Sie haben so ungefähr die schlechtesten im ganzen Spiel bekommen. Aber das ist immer noch kein Grund, sich hinzusetzen und zu jammern.“

Reiche sind zusammengestürzt, Kronen liegen im Staube, ganze Nationen hungern, ich selber bin bis über die Ohren bei meiner Schneiderin in Schulden — also glauben Sie nur nicht, daß das Schicksal gerade Sie mit besonderer Wut verfolgt, wenn Millionen Herzen unter größeren Qualen bluten als Ihres, und Millionen trotz alledem dennoch tapfer durchhalten.“

„Aber ist denn das ganze Spiel überhaupt noch den Einsatz wert?“

„Das Spiel des Lebens?“

Er nickte.

Sie ergriff seine Hand und sagte eindringlich: „Das ist Blasphemie! Bringen Sie das Spiel zu Ende, ob Sie gewinnen oder verlieren! Nicht desertieren! Und vergessen Sie an sich selbst dadurch, daß Sie dem anderen helfen! Nur die Selbstsucht verzweifelt. Ja, es ist verdammter Egoismus, wenn ein Mann sich hinsetzt und winkelt. Es gibt jowiel zu tun, so vielen zu helfen.“

Bertram atmete tief auf. Er selber hatte sich ja hingesezt und gewinself. Er wollte ja desertieren, ehe er das Spiel zu Ende geführt hatte. Er war nur ein paar Schritte davon entfernt gewesen, die weiße Flagge des Feiglings zu hissen — Selbstmord zu begehen.

Und Janet plauderte weiter, Weises, Rärrisches, Phantastisches, und ah nicht zwei, sondern vier Törtchen, und brachte ihn herzlich zum Lachen durch ihre Beschreibung einer Versammlung des „Linken Flügel“, in welcher ein Mädchen einem jungen Manne mit dem Ausruf „Sie trischender Papist!“ ein paar kräftige Ohrfeigen verabreicht hatte. Sie war dafür von dem also Gemahregeltem mit: „Sie bluttriefende Bolschewistin!“ angebrüllt worden.

Als Janet ihn lachen hörte, sah sie ihn spöttisch an: „Sehen

Sie, das Leben ist doch noch nicht so schwarz, wenn man nur seinen Sinn für Humor behält.“

Sie schlug ein gemeinschaftliches Mahl im Soho und danach einen Abend im Theater vor. Es wurde ein gutes Diner und ein lustiges Stück. Bertram lachte meistens nur, weil Janet so herzlich lachte.

Nachher, als sie wieder auf der Straße standen und ein Auto anriefen, legte Janet die Hand auf seine Schulter: „Wohin?“

„In mein einsames kleines Zimmer.“

„Nein,“ sagte sie. „Das wäre nicht gut für Sie. Ist Ihr Vater zu Hause?“

„Er ist hinüber nach Belfast.“

„Gut, dann kommen Sie mit mir nach Hause und helfen Sie mir, heißen Kakaos kochen.“

„Ist das eine gute Idee?“ fragte er erstaunt über diesen Vorschlag zu dieser späten Stunde.

„Scheint Sie ihnen nicht gut?“

„Wunderbar gut — aber der Skandal und so weiter?“

Sie lachte heiter. „Skandal? Dagegen bin ich immun! Darum kümmer ich mich nie, am wenigsten, wenn es gilt, eine Seele zu retten.“

„Retten Sie meine auch?“

„Aber jeht! Und fogar mit Gewalt.“

Sie fuhren nach Battersea Park zu ihrer Wohnung. Sie gab ihm auf der dunklen Treppe die Hand, bis sie im vierten Stock angekommen waren. Dort, auf dem dunklen Vorflur, stand sie erst ein paar Augenblicke still und suchte noch immer schwer atmend in ihrem Handtäschchen nach ihrem Schlüssel.

Die Wohnung lag in tiefer Dunkelheit, aber sie drehte alle Lichter und auch den elektrischen Ofen auf.

„Schon mal Kakaos gekocht?“

„Niemals.“

„Schön, dann werden Sie's jeht lernen.“

Er lernte es, fand es leicht und sah, daß es-gut war. Sie zündete sich eine Zigarette an, sank in einen niedrigen Lehnstuhl und wies ihm den Stuhl ihr gegenüber an mit der Einladung, sich die Pfeife anzuzünden, wenn er Lust hätte.

Als er behaglich zurückgelehnt den Rauch seiner Pfeife aufsteigen sah, schien es tausend Jahre her zu sein, daß er in Holland Street seinen Revolver holen wollte. Und doch war all sein Unglück dasselbe geblieben. Seine Zukunft war hoffnungslos, sein Buch war abgelehnt worden, Joyce war in Paris, Kenneth Murfey auch. Digby war tot. Wie seltsam, daß er sich trotzdem glücklicher fühlte, beinahe heiter und jedenfalls wieder des Lebens froh. Einsamkeit war doch das Schrecklichste auf der Welt — für ihn wenigstens. (Fortf. folgt.)

Bemessung des Goldmarkkapitals, waren für den Aufsichtsrat der Werke zwei Erwägungen maßgebend: Einmal wurde das Eigenkapital der Gesellschaften nicht zu gering bemessen werden mit Rücksicht darauf, daß es sich um drei Werke mit sehr großen Umsätzen handelt, die ein entsprechend großes Betriebskapital benötigen. Andererseits scheute man davor zurück, das Betriebskapital zu hoch anzusetzen. Da die Werke in die Goldmarkeröffnungsphase nur mit ziemlich kleinem Aktienkapital hineingehen, so hätte die Bemessung eines großen Aktienkapitals zur Folge gehabt, daß das Kapitalwertungslokal mit einem hohen Betrag gefüllt wäre, von dem es zweifelhaft erschien, ob es möglich wäre, ihn in den drei nächsten Jahren auch tatsächlich herauszuwirtschaften.

Unter der Einwirkung der gefährdeten, einander entgegengegesetzten Erwägungen, einigte sich der Aufsichtsrat schließlich auf einer weiteren Linie, in der Werke, das Aktienkapital der Gas- und der Elektrizitätswerke auf je 15 Millionen Goldmark, das der Wasserwerke auf 6 Millionen Goldmark festgesetzt wurde. Die Festsetzung der Goldmarkeröffnungsbilanzen bei den städtischen Werken ist in einem gewissen Sinne natürlich nur eine Formalität, aber doch nicht eine leere. Der Vorgang hat schon einen bestimmten wirtschaftlichen Inhalt. Er beweist, wenn auch gleichsam nur auf einem Nebenwege, daß die Überführung der Werke in die Form der Aktiengesellschaften doch einen bedeutenden Fortschritt der kommunalen Wirtschaft darstellt. Indem die Verordnungen über die Goldmarkbilanzen auf die städtischen Werke angewandt wird, sind die letzteren gezwungen, in ihrer Vermögenslage eine erhöhte Klarheit hineinzubringen. Klarheit und Ordnung aber sind die ersten Voraussetzungen jeder erfolgreichen Geschäftsführung.

Dr.-Ing. W. Rajewitz.

Das Ende des Stellenvermittlerprozesses. Einiges aus der Urteilsbegründung.

Aus dem Stellenvermittlerprozeß, der vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte seit Anfang der vorigen Woche verhandelt wurde und gestern zu Ende ging, haben wir das Urteil bereits in unserer gestrigen Abendausgabe kurz mitgeteilt. Zu Beginn der gestrigen Sitzung hatte der Staatsanwalt Kuhnmann angekündigt, daß er seinen Antrag gegen den Angeklagten Nowak wohl noch ändern werde. Er brachte zur Sprache, daß Nowak am gestrigen Morgen, ungeschützt bei der vorgerichtlichen Sitzung gegen ihn beantragten Strafe, bereits wieder einen unerlaubten Versuch zur Vermittlung preussischer Arbeiter gemacht habe. Nowak bestritt dies, und es blieb schließlich bei dem früheren Antrag des Staatsanwalts.

Dem Urteil gab der Vorsitzende, Obergerichtsrat Wartenberger, eine längere Begründung. Er führte aus, das Gericht habe Ferrug darin gesehen, daß bei der Stellenvermittlung den Stellenfindenden und den Arbeitssuchenden Beträge für angebotene Aufträge, die gar nicht entstanden waren, abgenommen worden seien, und daß den Arbeitssuchenden trotz Zustimmung gerichtlicher Vorarbeiten ungeeignete Leute geliefert worden seien, die nun aus den Geschäftskonten oder von der Strafe oder auch aus dem Obdachs zusammengebracht hätten. Als erwidert wurde, ergehe sich, daß dieses Verhalten eine Schädigung der deutschen Wirtschaft bedeute habe. Bei Nowak wurde nach der Fall von Hinterziehung als erwiesen angesehen. Bei Biemann und Gabriel kam zu den laufenden Strafen die Verurteilung des Ingenieurs Biemann zum Arrest von 10 Monaten Gefängnis, Gabriel zu 1 Jahr 1 Monat 2 Tage Gefängnis, Nowak zu 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Hoffmann zu 4 Monaten Gefängnis, Engel zu 6 Monaten Gefängnis, Semenzue zu 3 Monaten Gefängnis, Knobel zu 3 Monaten Gefängnis, Biemann, Engel und Hoffmann erhielten Strafaussetzung mit Bewährungsfrist, Biemann, Engel und Gabriel wurden aus der Untersuchungshaft entlassen. Allen Angeklagten, die in Haft genommen waren, wurden 12 Wochen auf die Untersuchungshaft angedroht. Gegen Nowak, der mit 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis die höchste Strafe erhalten hatte und Berufung einlegen zu wollen erklärte, beantragte der Staatsanwalt die Verhaftung, weil bei der Strafhöhe Minderhaft anzuwenden sei und auch Verdunklungsgefahr vorliege. Das Gericht beschloß, Nowak in Haft zu nehmen.

Großfeuer in einem Neudöllner Kino.

Ein gewaltiges Feuer kam am Dienstag nachmittag, angeblich durch Entzündung von Filmstreifen, in Neudölln, Hermannstraße 49, zum Ausbruch und vernichtete außerordentlich großen Schaden. Das Feuer wurde kurz nach 4 Uhr der Feuerwehr gemeldet, als die Flammen schon mächtig aus einem Kino der Sternengesellschaft emporloderten. Alles war in größter Aufregung und es herrschte geradezu Panikstimmung. Zum Glück erschien die Feuerwehr schnell. Angelehnt der Gefahr für Eigentum und Leben wurde sofort „Hauptalarm“ an alle Wachen gemeldet. Oberbranddirektor Gomp rückte darauf unverzüglich mit 12 Löschzügen und Reservezügen aus. Auch die Rettungswachen entsandten schnellst Wagen und Mannschaften. Es wurde sofort ein umfassender Angriff zum Schutz der Wohnungen und ihrer Bewohner angeordnet. Wie 14 Schlauchleitungen, darunter 4 R-Rohren für die Feuerspritzen wurde vorgegangen, und zwar mit mechanischen Leitern, Halen und Strickleitern. Dadurch gelang eine schnelle Löscharbeit. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß von dem haushoch emporlodern den riesigen Flammen das Duergebäude erfaßt wurde. Mächtig standen Wohnungen im vierten Stock des gegenüberliegenden Duergebäudes in Flammen. Diese hatten reiche Nahrung gefunden und griffen reißend schnell um sich. Es verurlichte große Mühe, auch diesen Brand abzulösen. Das Kino der Sternengesellschaft ist vollständig ausgebrannt. Die Hitze war so groß, daß der Wirtel an zahlreichen Stellen zu Stand und reinem Pulver wurde. Erst nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit konnte die Wirtel wieder abgeräumt. Die Ursache des Entstehens konnte nicht ermittelt werden. Angestellte legen aus, daß das Feuer zuerst an der Bühne, die vollständig niedergebrannt ist, herausgekommen sein soll. Es wird vermutet, daß, da an der Bühne einzelne Leisten stehen, die geheizt waren, Funken übergesprungen sind. Es muß als ein großes Glück bezeichnet werden, daß die Bevölkerung nicht begonnen hätte, zumal der proletarische Film „Die Schmelze“ gegeben werden sollte und sicher große Massen das Kino ausgefüllt hätten.

Zu dem Brande ist noch nachzutragen, daß das Kino aus einem eigentümlich zweistöckigen Gebäude auf dem Höhe des mit einem großen Barterhaufe bebauten Grundstücks besteht. Im Vorderhaus liegen nur Wägen und Wohnungen usw. Durch eine Durchfahrt gelang man über einen geräumigen Hof zu dem geräumigen, modern eingerichteten Kino, das zum größten Teil ausgebrannt ist. Nur ein Vorfahrtstraßenraum und der hintere Raum des Kinos mit den letzten Sitzen des Zuschauerraumes konnte von der Feuerwehr gerettet und dadurch erhalten werden. Auch einige kleine Nebenräume mit der breiten Holzterrasse blieben fast ganz verschont. Angenommen wird, daß der Brand unter dem Drahtgitter ausgetreten ist, und zwar vor einem kleinen Ofen. Mehrere Angestellte bemerkten die Gefahr, als das Linoleum vor diesem Ofen schon hell brannte. Sie ließen fort, um Wasser zum Löschen zu holen. Als sie damit zurückkehrten, fanden sie angeblich vor diesem Ofen nicht mehr an den Brandherd heran und alarmierten nun die Feuerwehr, die mit dem Zug 1 aus Neudölln sehr schnell zur Stelle war. Als der Zug 2 eintraf, stürzte bereits ein Teil des Kinos mit der Bühne zusammen. Zur Sicherung der rings herum befindlichen Wohngebäude mußten mehrere Abschläge Schlauchleitungen annehmen. Während und nach dem Brande war die Brandstelle von Hindernissen umlagert. Zahlreiche Eltern suchten ängstlich nach ihren Sprößlingen, die nicht nach Hause gekommen waren. Schupo und Feuerwehr konnte sie beruhigen. Niemand, außer den Anwesenden, war im Kino anwesend gewesen und keine Person ist zu Schaden gekommen.

Für längeres Offenhalten der Häuser.

Ein Ersuchen des Magistrats an den Polizeipräsidenten.

Der Magistrat hat an den Polizeipräsidenten nachstehendes Schreiben gerichtet: Die vorzeitige Schließung der Häuser sowie die ungenügende Beleuchtung der Treppen und Flure ist auch heute noch in Uebung, obwohl der feinerzeit dafür angegebene Grund der Ersparung von Kohlen zu Beleuchtungszwecken inzwischen fortgefallen ist. Die in dem Schreiben vom 6. Dezember 1923 angeführten Gründe machen sich daher bei der jetzt früh eintretenden Dunkelheit wieder in verstärkter Weise geltend. Sie werden von der Einwohnerschaft um so lebhafter empfunden, als ein Grund für das Fortbestehen des früher aus wirtschaftlicher Not ertragenen Zustandes nicht mehr vorhanden ist. Wir bitten daher, baldigst die Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse — Offenhaltung der Häuser bis 10 Uhr abends und Beleuchtung der Treppen und Flure ebenso lange — zu veranlassen.

Die Rentenmarkfälscher von Zernsdorf.

Aushebung einer Fälschged-Geheimdrucker.

Einen guten Hund und Fang machte die Kriminalpolizei mit den Beamten der Reichsbankfälschgedabteilung weit draußen vor den Toren der Weststadt in dem Dorf Zernsdorf am Krüpelsee, wo ein Rentenmarkfälscher ausgehoben wurde, der in stiller Nachtstunde mit einer großen und einer kleinen Maschine flott falsche 10-Rentenmarkscheine druckte. Gefunden wurde die Werkstatt in einer Villa, die einer Frau Komel gehört, der geschiedenen Frau jenes Direktors der „Kammerbank“, Komel, dessen Prozeß vor zwei Jahrzehnten das größte Aufsehen erregte. Der polizeiliche Bericht will wissen, daß drei Verhaftete Kommunisten sind.

Es handelt sich hier um jene Werkstatt für falsche 10-Rentenmarkscheine, vor denen erst vor einigen Tagen die Reichsbank in den Zeitungen warnen ließ. Bei ihren Nachforschungen nach der Herkunft dieser falsche Scheine stellten Kriminalkommissar o. Liebermann und die Beamten der Reichsbankfälschgedabteilung zunächst fest, daß sie zuerst in südöstlichen Vororten und im Südosten Berlins aufgefunden waren. Die Spur führte dann weiter nach der Gegend von Königswusterhausen und Wildau hinaus. Das Ende verschiedener Spuren war schließlich die Villenkolonie von Zernsdorf am Krüpelsee. Welt hier aber vom Lande her nicht viel zu sehen war, so fuhr die Beamten mit einem Kahn mehrere Tage und auch zur Nachtzeit auf dem Krüpelsee umher, um von dort aus zu beobachten. Endlich sahen sie im Kellergefäß der Villa „Goldener Friede“ bei Nachtzeit verdächtige Licht, das lange Zeit leuchtete. Es ließ man, daß in dieser Villa kommunistische Propagandazettel gedruckt wurden. Man entschloß sich, den Betrieb einmal etwas genauer anzusehen. Ränge mußten die Beamten klinken, bis endlich ein kleiner Mann, der den Eindruck eines Ausländers machte, in großer Aufregung auslief. Die Beamten nahmen ihn sofort fest, durchsuchten dann den Keller und fanden sofort neben der Küche 2 Druckmaschinen, eine kleinere für Handbetrieb und eine große mit elektrischem Antrieb und allen technischen neuzeitlichen Einrichtungen. Die Druckplatten der 10-Rentenmarkscheine waren noch eingespant. Die „Fabrikanten“ mußten noch die Nacht vorher gearbeitet haben. Oben im Schimmer lagen auf der Tischplatte die neugebauten Scheine, über 2000 Stück. Der Ausländer wurde verhaftet und als ein früherer Filmverleiher Max Katow aus Australien festgehalten. Der gegenwärtig aber keine Staatsangehörigkeit mehr besitzt. Er wohnt, wie er sagt, in der Villa bei seiner Tante. Die Eigentümerin der Villa „Goldener Friede“ ist eine Frau Komel, die geschiedene Frau jenes ehemaligen Schlossermeisters und späteren Bandendirektors Komel, der vor Jahren mit der Kammerbank schließlich verheiratet und zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Frau Komel ließ sich nach dem Zusammenbruch scheiden, kam mit dem, was sie rettete, die Villa am Krüpelsee und wohnte hier mit ihrer alten Mutter und Katow. Sie will von allem, was dieser trieb, nichts wissen. Die Frau wurde aber schon mit Rücksicht auf ihre alte Mutter, die sie pflegen muß, und weil kein Fluchtverdacht vorliegt, auf freiem Fuß gelassen. Auch Katow verlor die harnstosen zu spielen und behauptete, daß er gar nicht wisse, was das sei, was man im Keller gebraucht hat. Der „Macher“ der Werkstatt sei, wie er erklärte, ein Druckermeister Schütz in Berlin, der öfter nach Zernsdorf und in die Villa komme. Dieser „Schütz“ wurde auch bald ermittelt und als ein Otto Kaiser festgehalten, der in der Gosenstraße zu Schöneberg eine kleine Druckerei besitzt. Er ist ebenso wie Katow ein rühriger Kommunist. Oben im Schimmer noch ein Verleihen wegen verdächtigem Licht. Während die Beamten bei Kaiser noch bei der Durchsuchung waren, erschien dort ein gewisser Fröh Treter, ebenfalls ein Kommunist, der auch zu der Gesellschaft Katow und Gerosen gehörte. Auch er wurde verhaftet und als weiterer Beteiligter noch ein Schriftsteller Hans Rey. Treter und Rey geben zu, bei dem

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 10. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
8.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt: Alte Berliner Märchen von Walter Gotthel. 1. Die Nixe von der Spreewald. 2. Graf Melke und der Spatzengeneral. 3. Tonfelsen Geburtstag. (Die Funkprinzessin: Adels Prossler). 4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 5.40—7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Abteilung Bildungskurse). 6.40 Uhr abends: Dr. jur. Magnus: „Was muß man von den Steuern wissen?“ 7 Uhr abends: (Abteilung Hochschulkurse): Geh. Med.-Rat Dr. med. Hildebrand, ordentlicher Professor an der Universität Berlin: „Wundbehandlung und Wundinfektion“. 7.30 Uhr abends: Dr. med. Adrian, Privatdozent am zahnärztlichen Institut der Universität Berlin: „Hygiene des Mundes“. 8 Uhr abends: K. Naumann, Hauptredakteur der „Uhrmacher-Woche“, Leipzig: „Der Mensch und die Uhr“. 8.30 Uhr abends: Für kleine und große Kinder. 1. a) Das Sonntags in der Morgenstunde, H. Seiffert, b) Ein Männlein steht im Walde, Volklied, H. Seiffert (Schülerchor der Städtischen Knaben-Mittelschule, Berlin-Neukölln. Dirigent: Karl Graudenz). 2. Das Winternachtsmärchen, H. Seiffert (Ise Fischer-Ramin, Rezitation). 3. a) Freund Busch (Richard Dohmel) Hans Hermann, b) Der Pudding (Paula Dehmel) Hans Wittenberger, c) Tanzliedchen (Frieda Schans) Richard Wintzer (Mary Wurm-Meisenberg, Sopran). 4. a) Wogonlied, K. Kjerulf, b) Intermezzo (nach einem schottischen Wogonlied) J. Brahm (Dr. Richard H. Stein, Klavier). 5. a) Das verzweifte Flaschonglied, Johannes Trojan, b) Fischebutter, Richard Dohmel, c) Das braune Töpfchen, Marx Möller (Ise Fischer-Ramin, Rezitation). 6. a) Zum Totkuchen (Hildegard Kauter) Elisabeth Urtol, b) Draußen im Garten, Text und Musik, Hans Schmidt, c) Schlummerliedchen, Text und Musik, Heinrich Casimir (Mary Wurm-Meisenberg, Sopran). 7. a) Baskisches Wogonlied, Pater José Antonio, b) Aus alter Zeit (Kindergavotte) L. Schyetz (Dr. Richard H. Stein, Klavier). 8. a) Wogonlied (Guten Abend, gute Nacht) J. Brahm, b) Hymne an die Nacht, L. v. Beethoven (Knabenchor). 9. a) Mirjam Abendgebet, Josefa Metz, b) Besuch bekommen, Victor Blüthgen, c) Das Musterlied, E. v. Aldersfeld-Balistrer (Ise Fischer-Ramin, Rezitation). 10. a) Morgens (Else Orli) R. H. Lapini, b) Abends (Else Orli) R. H. Lapini, c) Lockweise (Björnson) E. Grieg (Mary Wurm-Meisenberg, Sopran). 11. a) Vorwärts, P. Ressa, b) Die verschwindende Puppe, Heinrich Seidel, c) Furchtbar schlimm, Ilich, Dohmel (Ise Fischer-Ramin, Rezitation). 12. a) Wogonlied für eine Puppe, Eduard Schütz, b) Tans der Mirlitons aus dem Ballet „Nadliacker“, P. Tschalkowsky (Dr. Richard H. Stein, Klavier). 13. a) Märchen Wogonlied (Martin Boeltz) Max Reger, b) Wogonlied der Hirten an der Krippe an Bethlehem (Chr. Dan. Schubart) H. Reimann, c) Nun gute Nacht, Paul Gräner (Mary Wurm-Meisenberg, Sopran). 14. a) Vogel, Illeg, weiter, Volklied, bearbeitet von A. v. Othogran, b) Lebewohl, Ph. Fr. Slicher (Knabenchor). Am 11. Uhr: Dr. Richard H. Stein, Anschlußabend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wettendienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30 Uhr abends: Otto Loh: „Die Elektrizität in Industrie, Landwirtschaft und Haushalt“.

nächtlichen Transport der schweren Druckmaschine von Berlin nach Zernsdorf geschloffen zu haben. Man hat die Maschine im Keller zusammengepackt. Er und Treter wollen zunächst gefaßt haben, daß nur kommunistische Propagandazettel gedruckt wurden. Die beiden Maschinen wurden beschlagnahmt.

Die Ehrfurcht vor dem „hohen“ Beamten.

Nach ein Wohnnachklang, so ein kleiner und doch bezeichnender Auschnitt aus Leben und Denkweise des deutschen Spießbürgers, der trauriger und hoffnungsloser ist als der Spießbürger eines jeden anderen Landes. Eigen da ist der Stadtbahn zwei deutschnationalen Bürger, unterhalten sich über den Wahlzettel, beglückwünschen sich zum Stimmengewinn der Schwarz-Weiß-Partei und vergessen nicht, auf die verdammten Sozialdemokraten und ihr zeitweiliges Plus an Stimmen wie die Verleerter zu schimpfen. „Ja“, sagt der eine, „man versteht dieses Volk nicht, wie es wieder so viel sozialdemokratische Stimmen hat abgeben können. Man denke doch nur an die hohen Beamten, an unsere früheren studierten Beamten, die wirklich würdig waren, auf so verantwortungsvollen Posten zu stehen. Soll es denn immer so weiter gehen, daß jeder Schuster und Schneider Minister werden kann. Wenn einer der hohen Beamten von früher mal Fehler gemacht oder sich vergriffen hat, dann läßt man sich das natürlich gefallen. Aber heute, diese Schuster und Schneider? Es ist doch einfach unglaublich!“ Es ist ja gewiß nichts Neues, daß berattene Gedanken von Hochstadtkritik geäußert werden. Aber es ist doch auch kennzeichnend genug, daß diese Herren in aller, sagen wir, Neutralität ausprechen, der hohe Beamte von früher konnte ruhig Dummkheiten und Fehler machen. Da hielt man in bekannter und bewährter Unterthanenweise still. Nur eins, eine ganze Kleinigkeit vergessen diese Kreise hinzuzufügen, daß der „Schuster und Schneider“, der heute angeblich Minister ist, keine Dummkheiten macht. Er vergißt ganz, daß zum Beispiel der Sozialist Hilferding die Rentenmark erfunden hat, daß aber die Havenstein, auf dessen Grabstein man schreiben dürfte: „Das deutsche Volk hat viel an ihm verloren!“, daß die Kaiserlich und Cuno, die „würdigen“ hohen Beamten die deutsche Währung ins Ludenlose stürzen und den deutschen Arbeiter und Bürger ganz verarmen ließen.

Dabei war der liebe, gute Spießbürger, der die fundamentalen Weisheiten von dem hohen Beamten in der Stadtbahn zum besten gab, noch nicht einmal einer der Verlorenen aus der schwarzweißen Schaar. Er gab nämlich offen zu, daß das Bürgertum sich den Vorwurf gefallen lassen müsse, bei der Revolution untätig abseits gestanden zu haben. „Wir taten gar nichts und hatten die Hände in den Hosentaschen“, läßt er sich hören, „auch hier haben sie eine wichtige Last zu ertragen vergessen. Sie und ihregleichen hatten nach Ausbruch der Revolution nicht nur die Hände, sondern noch ganz was anderes in den Hosentaschen, was dem Nachbar sehr unangenehm in die Nase stieg!“

Die 25. deutsche Automobilausstellung.

Vor 25 Jahren wurde die erste deutsche Automobilausstellung in Berlin eröffnet. — Heute wird nun die vom Automobilklub von Deutschland und dem Reichverband der Automobilindustrie veranstaltete diesjährige Ausstellung dem Publikum ihre Pforten öffnen. Dieser Zeitraum eines Vierteljahrhundert hat die damals noch in den Kinderschuhen stehende Industrie zu einer Blüte emporgeführt, die einem erst zum Bewußtsein kommt, wenn man die in unabsehbarer Fülle vorhandenen Ausstellungsgegenstände zu überblicken sich ansetzt. In einer Vollständigkeit ohne gleichen gibt die Ausstellung ein Bild der letzten und vollkommensten Erzeugnisse aller Arten motorischer Fahrzeuge und der Industrie der angehörigen Bestandteile. Hierzu war es notwendig, eine zweite Meilenbahn am Kaiserdamm zu erbauen, die in erstaunlich kurzer Zeit fertiggestellt wurde. Wir werden auf die Ausstellung noch zurückkommen.

Weihnachtsveranstaltungen.

Die Schöneberg-Friedenauer Künstler haben im Schöneberger Rathaus am Rudolf-Wilde-Platz eine Weihnachtskunstwoche veranstaltet, in der sie ihre Werke und kunstgewerblichen Erzeugnisse auf den Weihnachtsmarkt bringen. Die Ausstellung befindet sich in der Brandenburgerhalle und in den Ausstellungshallen des Berlin-Schöneberger Rathauses. Die Weihnachtskunstwoche bringt u. a. am Mittwoch, den 10. Dezember cr., 8 Uhr abends das Auftreten von Eugenie Eudorowa und ihres Balletts im Bürgerpark und am Sonnabend, den 13. Dezember, die Aufführung eines heiteren „Schöneberger Bilderstücks“ „Zum Fischhof bis zum Bezirk 11“, in dem Schöneberger Maler, Bildhauer und Keramikerinnen mitwirkten sowie Vorträge von Tilly Waldorf, Berthold Reihle und Emil Kühne. Am Donnerstag ist außerdem die Aufführung der Märchenoper „Die Meerjungfrau“ und von Vergotele „Die Wogel als Herrin“ und „Der Schauspielerdirektor“ von Mozart. Regie Oberregisseur Dr. Droscher. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen von Hans Baluschek. — Wie schon im Vorjahre, so veranstaltet das Jugendamt Friedrichshain auch in diesem Jahre in der Schulaula Pellersburger Str. 4 wieder eine großartige Ausstellung guter Literatur. Verbunden ist diese Ausstellung noch mit einer kleinen Ausstellung neuzeitlichen Kinderzeichnungs der „Beckfreunde“, Potsdamer Str. 104. Die Ausstellung wird am Freitag, den 12. Dezember, nachmittags 5 Uhr, eröffnet.

Prinzensöhne und Potsdamer Volkstheater.

Aus Potsdam wird uns geschrieben: Einem rechten Schwabenstreich hat sich, um den verhassten Sozialdemokraten eine auszuweichen, der Vorsitzende des Potsdamer Bühnenvolksbundes, Oberst v. Winterfeld, geteilt. Das Potsdamer Schauspielhaus besteht bekanntlich aus einer B. m. b. H., die sich aus der Volkstheater und dem Volkstheaterbund gebildet hat. Aufsichtsräte und Verwaltungsräte forderten, daß kein politischer Einschlag in die Geschäftsführung hineingetragen werden sollte. Kunst für alle hieß es damals. Wie diese Abmachung von dem rechtshabenden Bühnenvolksbund gehalten wird, zeigt folgendes Beispiel: Eine der ältesten Söhne des ehemaligen Kronprinzen nachstehende Ältere Dame trat an den Vorstand der Volkstheater mit der Bitte heran, ob es möglich wäre, daß die beiden Prinzen, trotzdem sie nicht Volkstheatermitglieder sind, sich eine Vorstellung, und zwar „Prinz Friedrich von Homburg“ ansehen dürfen. Da alle Wägen an Mitglieder vergeben waren, stellte Intendant Peltmann im Einvernehmen mit der Volkstheater keine Direktionsplätze zur Verfügung, da er selber mitspielen mußte. Von dem angeforderten Prinzenbesuch erfuhr der Vorsitzende des Bühnenvolksbundes Oberst v. Winterfeld. Der Oberst legte sich sofort mit dem Besitzer der Prinzen, Major v. Dürlitz, in Verbindung und machte ihn darauf aufmerksam, daß im Vorstand der Potsdamer Volkstheater Sozialdemokraten sitzen. Was sollte nun schließlich der Prinzenbesuch sein? Es erfolgte eine Abreise an die Volkstheater und der angeforderte Besuch unterließ sich schließlich. Man bekommt doch bei der Gelegenheit einmal heraus, was für Leute im Bühnenvolksbund angeführt ihr Wesen treiben dürfen.

Gasvergiftungen ohne Ende.

Die Zahl der Gasvergiftungen in Berlin hat wieder zugenommen. Täglich werden ein Dutzend gemeldet. In den letzten Stunden mühen Samariter der Wehr u. a. nach der Rammensstr. 55 in Steglitz, Kaiserdamm 92, Heidestr. 32, Bismarckstr. 42 in Friedenau, Bismarckstr. 5, Seestr. 10, dann Kaiser-Wilhelm-Platz 5 in Schöneberg, der Wittstocker Str. 9, Donaustr. 103 in Neudölln, Altes Theater Str. 88 und Prenzlauer Allee 289 aufzufinden, wo sich Personen mit Gas veraltet hatten. Es gelang die meisten Vergifteten mit Sauerstoff zu retten.

Mordprozess Haarmann.

Die Nachbarn und Geschäftsfreunde als Zeugen gegen den Angeklagten.

Hannover, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe der Verhandlung wurde ferner der ehemalige Grenzpolizeioffizier Ostermann vernommen, mit dem Haarmann nach seinen Bekundungen ein Detektivinstitut „Lasso“ gegründet hat. Ostermann, ein ehemaliger Breslauer Schuhmann, war im Kriege als Feldpolizeikommissar in Polen tätig. Seit 1922 ist er außer Dienst und leitet seitdem die Kriminalabteilung der Detektivzentrale ehemaliger Kriminalbeamter. Er bekundet, daß er Haarmann bei Ermittlungen kennen gelernt habe, und zwar habe Haarmann ihm damals sein Bild gezeigt, daß er niemals von den Bekundungen etwas erhalte und er einen Ausweis brauche. Zu diesem Zweck habe er, Ostermann, als ehemaliger Polizeibeamter, ihm seine Unterstützung versprochen und, um Haarmann einen Ausweis zu verschaffen, habe man zum Schein das Detektivinstitut „Lasso“ gegründet. Es habe sich aber nur um eine Luftgründung gehandelt und er selbst habe den Ausweis Haarmanns nie zu Gesicht bekommen.

Die bis dahin ruhig verlaufene Vernehmung des Zeugen wurde dann plötzlich sehr erregt, als der Zeuge weiter bekundete, Haarmann habe ihm erzählt, was für Tricks er anwende und auch, was für gute Beziehungen zur Polizei er habe. Hier sprang Haarmann erregt auf und erklärte in seiner drohtischen Weise: „Ostermann geht ja wie die Kacke um den heißen Brei herum. Ich habe keine Tricks gebräut. Die Leute kamen ja von selbst zu mir und boten mir alles Mögliche an. Aber er hat auch immer die Bekundung einflößert und dabei rot er nicht. Mir gab er die Hälfte ab. Den Stempel auf meinen Ausweis hat Ostermann ja selbst aufgedrückt und mit Stanz hat er am unter einer Decke gesteckt.“ Vorliegender zum Zeugen: „Ach denke, Sie wollen den Ausweis gar nicht gesehen haben?“ Zeuge (erregt): „Ach habe den Stempel in seiner Wohnung probiert; es kann ja möglich sein, daß ich dabei die Photographie gestempelt habe.“ Vorl.: „Das verträglich sich doch gar nicht mit Ihrer Aussage von vorher.“ Zeuge (stark erregt): „Ja, den Ausweis hat er vor meinen Augen zerrissen. Bisher hat es sich um einen anderen Haarmann.“ Ach was, er hat meinen Ausweis mit nach Hause genommen und gestempelt.“ Zeuge: „Rein, das ist nicht wahr.“ Vorl. (zu Grans): „Hat Ostermann bei Haarmann gefühllos?“ Grans: „Darüber möchte ich meine Aussage verweigern.“ (Bewegung.) Vorl.: „Das dürfen Sie nicht.“ Grans: „Mir ist es so, als ob Ostermann mal dort gewesen hat.“ Die nächste Zeugin ist die Wirtschafterin Haarmanns, eine Frau Kroschke. Sie bekundet, daß sie niemals Kausloden in der Küche gesehen habe. Geld hat sie von Haarmann für ihre Dienste nie erhalten, wohl aber Pferdefleisch in Säcken von 1 bis 2 Pfund und immer ohne Knochen. Das Fleisch habe aber richtig wie Pferdefleisch ausgesehen.

Nach der Mittagspause teilte zunächst R. M. Lohr mit, daß Haarmann sich auch an dem neunjährigen Bruder des Angekl. Grans vergangen habe. Das Kind habe eine Mutter weinend davon Mitteilung gemacht. Haarmann bestreitet zunächst ganz entschieden, sei dann aber auf wiederholten Vorhalt des Vorsitzenden wenigstens die Möglichkeit einer derartigen Handlungsweise zu. — Als die Frau Fran Vinderer aufgerufen wird, beantragt der Staatsanwalt Dr. Wilde Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit und das Gericht beschloß demgemäß. Das Ehepaar Vinderer wohnt in der Rothen Reihe 2 auf demselben Platz mit Haarmann, und zwar steht die Küche der Familie Vinderer an die Kammer Haarmanns, von der sie nur durch eine dünne Wand getrennt war. Haarmann habe sich, so bekundet die Zeugin, bei seinem Einzug als Beamter der Sittenpolizei und als Privatdetektiv vorgestellt. Er habe viel Verkehr mit Jungen gehabt. Sie erzählt weiter, daß Haarmann in seiner Wohnung viel gehackt habe, und zwar so stark, daß in der eine Treppe dieser gelegenen Wohnung der Stuhl von der Decke gefallen sei. Zu den verschiedenen Tages- und Nachtszeiten habe er sich oft mit großen Paketen aus seiner Wohnung entfernt, einmal hat ihn die Zeugin auch mit einem blutigen Beutel gesehen. Außerdem lief er fortwährend mit einem verdächtigen Cimer zum Abort, der dann immer verstopft war. Da das Treiben des Haarmann der Zeugin verdächtig war, hat sie zweimal die Polizei geholt, wenn Haarmann Jungen bei

sich hatte. Als die Beamten jedoch eines Nachts klopften, ließ Haarmann sie nicht herein, sondern rief ihnen zu, sie sollten um 6 Uhr früh wiederkommen. Da diese Aufforderung sich mit den Bestimmungen der Strafprozessordnung deckt, wurde der Oberstaatsanwalt zu der Bewertung veranlaßt, daß Haarmann offensichtlich über außerordentlich juristische Kenntnisse verfüge. Bei einem zweitenmal ist den Beamten, als sie in die Wohnung Haarmanns hineinkamen,

ein furchtbarer Geruch aufgefallen.

Haarmann bezeichnete die verschiedenen Angaben der Zeugin, soweit sie sich auf seinen Verkehr beziehen, als unrichtig und nannte Frau Vinderer „eine Furie“, die in einem ihrer Namen verprügelt, eine Bemerkung, die angesichts der sehr kleinen und schwächlichen Zeugin Heiterkeit hervorrief. Ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde dann Frau Dora Kruse vernommen, die eine Zeit lang die Geliebte des Grans war, bis dieser dann mit der Gattin Schütz ein Verhältnis einging. Sie sagt u. a. aus, daß es der Wunsch Haarmanns gewesen sei, daß sie sich mit Grans verheiratete. Im übrigen hat sie Haarmann in der Neuen Straße die Wohnung sauber gehalten, wofür sie Essen bekam. Dann wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt und in der Vernehmung der Kruse fortgeführt. Sie äußert sich dann zum Fall Franke, des Berliners, der so schön Klavier spielen konnte. Sie lernte den Jungen mit Haarmann und Grans zusammen in einer Wirtschaft kennen. Als sie dann später aufbrach, ging Franke mit der Schütz voran und sie, die Zeugin, mit Grans hinterher. Da habe Grans gesagt: „Das wird gemacht.“ Sie habe das so verstanden, als daß dem Franke die Sachen obenommen werden sollten. Am anderen Morgen kam sie dann in Haarmanns Wohnung und da lag der Junge nur ruhig im Bett mit geschlossenen Augen. Haarmann winkte ihr zu, sie solle ruhig sein, da der Junge schlief. Die Kruse blieb dann etwa fünf Minuten in Haarmanns Zimmer, ohne daß sich, wie sie erklärte, in dieser Zeit der Junge gerührt hätte. Zu dem

Verhältnis zwischen Haarmann und Grans

erklärt die Zeugin Kruse, daß nach ihrer Erinnerung die beiden sich gegenseitig Geld gaben. Grans habe gehandelt und Haarmann habe anzeiglos von seinen Zinsen gelebt. Beim Ausgehen hätte aber immer Haarmann bezahlt. Im übrigen habe Grans nur „kleber Frig“ sagen brauchen, dann hätte er von Haarmann alles gekriegt, Kleidung, Essen und Geld. Und wenn sich die beiden einmal gezankt hätten, dann bräuhete Grans seinen Freund nur zu fassen, dann war alles wieder gut. Auf Befragen erklärte die Zeugin Kruse weiter, daß Grans einmal gesagt habe: „Wenn ich einmal umgebracht werde, dann hat das Haarmann gemacht.“ Vorl.: „Haarmann, als der Franke in Ihrer Wohnung im Bett lag, war da Grans am Ende?“ Haarmann (stöhnend): „Fragen Sie ihn doch selbst, aber lassen Sie mich, wir wollen mal erst warten, bis Witkowski kommt.“ Grans: „Ich bin nicht drin gewesen. Es ist immerhin auch möglich.“ Vorl.: „Wenn der Junge nun tot im Bett lag und Sie dort geschlafen haben, dann müssen Sie doch Bescheid gemacht haben.“ Grans: „Rein, ich habe jedenfalls keinen Toten gesehen.“ Nach kurzer Vernehmung des Arbeiters Ernst Krone, bei dem Grans gemohnt hat, wurde der Friseur Fridolin Wegewitz als Zeuge aufgerufen. Haarmann ließ sich bei diesem Friseur, der dem Angeklagten gegenüber wohnte, regelmäßig rasieren und wurde nach und nach mit der Familie befreundet, so daß er dort ein und aus ging. Haarmann habe ihm nur erzählt, er lasse sich von den Jungen gern rasieren und von Grans habe er gesagt, daß dieser ihm die Bücher führen müsse. Haarmann (stöhnend): „Ach was, das war ja nur im Anfang. Später wählte der Junge ganz genau Bescheid.“ — Zeuge: „Haarmann war manchmal auf Grans sehr aufgebracht und wollte ihn nicht weiter durchfüttern, besonders weil Grans immer noch andere Jungen mitbrachte. Einmal erklärte Haarmann mir: „Wenn Grans alles von mir wählte, dann würde er mich ausaugen bis aus Blut.“ Seine Tätigkeit für die Polizei hat Haarmann dem Jungen nach dessen Bekundungen so dargestellt, als wenn er von den Polizeibeamten nur vorgeschoben worden sei, weil diese selbst für die Aufdeckung von Verbrechern niemals Bekundung erhielten, weil das Geld in eine gemeinsame Beamtenkasse kam. Um 4 Uhr nachmittags wurde die Verhandlung auf Mittwoch früh vertagt.

Verkehrsdienst in Tempelhof.

In der Bezirksversammlung Tempelhof haben sämtliche Fraktionen folgenden Antrag eingebracht bzw. unterstützt: Die absolute Unzulänglichkeit der beruflichen Stellen im Magistrat bezüglich der unvollständigen Verkehrsverhältnisse im Bezirk Tempelhof erfordert schärfstes und rücksichtsloses Vorgehen bei der Bekämpfung dieses Bezirks und seiner beruflichen Vertreter. Die neuerdings verlaufene, soll nunmehr sogar die Untergrundbahn, deren baldige Inbetriebnahme zur Bänderung dieser untragbaren Zustände beigetragen hätte, nur bis zur Dreieckstraße und nicht bis zur Angerstraße durchgeföhrt werden. Es sollen vielmehr vorerst andere Bezirke, die sich unabweisbar bedeutend besserer Verkehrsverhältnisse erfreuen wie der untere, mit dem Bau von Untergrundbahnen bedrängt werden. Wie erheben gegen diese Verkehrsmaßnahmen des Magistrats schärfsten Einspruch und beantragen, daß dieser Protest mündlich und schriftlich dem Oberbürgermeister durch eine aus allen Parteien bestehende Deputation zur Kenntnis gebracht wird.“

Die Eides G. m. b. H.

In dem Prozeß gegen Frau v. Kulas und ihre Mitangeklagten wurde gestern die Beweisaufnahme fortgesetzt. Es kam dabei zur Sprache, daß Frau v. Kulas, ihre Freundin, die flüchtige Frau Schapira-Abwienstein, und der Angeklagte v. Wedelstädt sich die Zeugen nach dem Rezept beschafft hatten, daß sie für eine bestimmte Behauptung irgendeine Zeugin aufstießen. Die Adresse der Zeugin wurde in irgendeiner Stadt Deutschlands angegeben. Dann fuhr ein Mitglied der „G. m. b. H.“ dorthin und veranlaßte jemand, der dort wohnte, die Zustellung entgegenzunehmen. Wenn alles programmäßig verlaufen war, erschien einer der Beteiligten mit der Zustellung vor Gericht und machte unter dem in der Ladung angeführten Namen die eidesstattlichen oder eidlichen Aussagen. Es wurde eine große Anzahl von auswärtigen Zeugen vernommen, bei denen die Zimmer bestellt waren und die die Zustellung für die Infanziozeugen entgegengenommen hatten. U. a. wurde auch Frau v. Oertel, die Ehefrau des verurteilten Hochkapitlers Detlev „Golfstein“, vernommen, die übrigens erklärte, daß sie von dem englischen

Konsulat das Attest bekommen hätte, daß sie lebendig wäre. Die Zeugin konnte Frau v. Kulas nur oberflächlich. Die Beweisaufnahme wird am Mittwoch fortgesetzt.

Der Polizeibeamte immer im Dienst. Ein Sonderfall hat den Kommandeur der Berliner Schupolizei Kaufisch Veranlassung gegeben, darauf hinzuweisen, daß Beamte in Uniform — außer Dienst — verpflichtet sind, bei Gefahr im Verzuge auch außerhalb ihres Dienstbezirks einzuschreiten.

Großes Schadenfeuer auf einem Riffergute. Ein großer Ausfall des Riffergutes folgte bei Franzburg (Vorpommern) geriet in Brand. Es verbrannten 75 Käbe sowie Ackergeräte und sonstiges Inventar nebst Heu und Strohvorräten.

Ein schwedischer Dampfer brennend untergegangen. Der auf der Reise von Schweden nach Stettin befindliche Dampfer „Klara Kunstmann“ traf im Stogeroad den schwedischen Dampfer „Siri“ bei gewaltigem Orkan und hochgehender See brennend an. Bei der Annäherung des Stettiner Dampfers ging die Mannschaft des schwedischen Dampfers in zwei Rettungsboote. Das eine war ihnen, das mit dem Kapitän und sechs Mann besetzt war, kam durch die sehr hochgehende See außer Sicht, es gelang aber, die Insassen des anderen Bootes zu retten. Die Geretteten sind mit dem gestern eingetroffenen Dampfer „Klara Kunstmann“ nach Stettin gebracht worden. Der Dampfer „Siri“ ist bald nach der Bergung der Schiffbrüchigen untergegangen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Dringend wichtig für alle Fortwärts-Werke ist es, daß man wirklich prima gearbeitete Utensilien, Kassetten, Knöpfe für Herren, Herren- und Damenunterwäsche, Knöpfe, Knöpfe in allennummierten Unterzügen, S. Gahn, im Osten: Große Kranzstrasse 11, 12 und im Norden: Goltz, 47-48, erbittet. Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Ausgabe.

Wetter für Berlin und Umgebung. Trocken und zeitweise heiter, nachts neblig und leichter Frost. Temperatur am Tage etwas über dem Gefrierpunkt.

Wirtschaft

Sparcassen und Kreditwirtschaft.

Durch mandyerte Vorgänge sind die öffentlichen Sparcassen neuerdings wiederholt zum Gegenstand der Kritik geworden. Soweit die Kritik sachlich ist, kann man gegen sie nichts einwenden. Im Gegenteil: die großen Massen der Spar- und Steuerzahler, mit deren Mitteln die öffentlichen Sparcassen gehalten oder unterstützt werden, haben das Recht und die Pflicht zu verlangen, daß die gemeinnützigen Institute tadellos in der Geschäftsführung sind, daß insbesondere die Spar- vor Verlusten geschützt werden. Vielfach aber werden auch unsachliche Angriffe gegen die öffentlichen Kassen gerichtet und dann oft gehörig aufgebauscht nur zu dem Zweck, um die Sparcassen als Organe des öffentlichen Kreditwesens zu schädigen und wenn möglich ihre den privaten Banken lästige Konkurrenz zu beseitigen. Der Deutsche Sparcassen- und Giroverband vertritt nun längere Ausführungen über die Tätigkeit der Sparcassen, die geeignet sind, manche in letzter Zeit aufgetauchten Bedenken zu zerstreuen und denen wir folgendes entnehmen:

Die öffentlichen Sparcassen konnten auf Grund des Sparcassenreglements von 1838 ihre Gelder in Hypotheken, namentlich auf Kleinwohnungen, in Darlehen an Gemeinden, in Darlehen an Private, hauptsächlich aus dem Mittelstande gegen Pfand, Bürgschaft oder Wechsel, sowie in Krediten an Genossenschaften anlegen. Zum Zwecke der Liquidität mußten die Sparcassen ferner einen größeren Betrag in erstklassigen mündelbaren Wertpapieren sowie entsprechende Guthaben bei öffentlichen Banken unterhalten. Der Personalkredit ist den Sparcassen immer gestattet gewesen.

Bei gänzlich normalen Verhältnissen mußten die Sparcassen, um sich jederzeit flüssig zu halten und allen Anforderungen entsprechen zu können, bereits einen erheblichen Teil ihrer Gelder sofort greif- und verwertbar zur Verfügung haben. Mindestens 30 Proz. aller Sparcasseneinlagen wurden früher flüssig gehalten. Wenn also schon in normalen Zeiten, wo Abhebungen in der Regel durch neue Einlagen wieder gedeckt wurden, eine verhältnismäßig hohe Liquidität geboten war, so muß heute bei der geringen Stetigkeit der Einlagen die Liquidität eine noch wesentlich höhere sein. Die Sparcassen können daher gegenwärtig die ihnen übergebenen Einlagen nur zu einem gegen früher erheblich geringeren Teil langfristige anlegen. Die in der Presse erhobene Forderung, die Sparcassen sollen ihre Gelder ganz oder zum größten Teil in Hypotheken anlegen, kann deshalb in dem geforderten Maße nicht erfüllt werden.

Im Durchschnitt sind Dreiviertel der heutigen Sparcassengelder Girogelder, also Einlagen der Landwirte, Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibenden, die vorübergehend nicht benötigte Gelder, also Wirtschaftsgelder, bei der Sparcasse sicher anlegen. Diese Gelder den Wirtschaftstreibern wieder zuzuföhren, aus denen sie stammen, und zwar liquide und unter der nötigen Zahlungsmäßigen Vorsicht, ist die ureigentliche Aufgabe der Sparcassen.

Dem Deutschen Sparcassen- und Giroverband sind etwa 3000 öffentliche Sparcassen mit mehr als 5000 Zweig- und Filialstellen angeschlossen. Bei 23 dieser 8000 Sparcassenstellen sind nach sorgfältiger genauer Ermittlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die hauptsächlich in verkehrten Zahlungswidrigen Anlagegeschäften bestehen. Der geringe Prozentsatz — auf 1000 noch keine 3 — berechtigt uns, von wenigen Ausnahmen zu sprechen, so bedauerlich eine jede, auch die kleinste Verfehlung ist. Die Mehrzahl der Unregelmäßigkeiten wurde durch die sachmännlichen Revisionen der Verbände aufgedeckt und rücksichtslos verfolgt. Die schuldigen Beamten sind entlassen, für den Schaden haftbar gemacht oder bei strafbaren Verfehlungen dem Strafichter übergeben worden. Es muß festgesetzt werden, daß nicht die Ausübung von bankmäßigen Geschäften in den betragten Fällen bei den Sparcassen zu Unregelmäßigkeiten geführt hat, sondern die Eigenmächtigkeit der Sparcassenseiter, die zahlungswidrige Kredite auf eigene Faust gegeben haben.

Die Serienfabrikation in der Automobilindustrie.

Der erbitterte Streit in der Frage, ob die deutsche Automobilindustrie gegenüber der billigeren ausländischen Konkurrenz wettbewerbsfähig werden wird, kann keineswegs allein mit der Forderung nach Schutzzöllen erledigt werden. Die Absperrung vom Weltmarkt, wie sie die Automobilfabrikanen fordern, bietet noch keiner Richtung hin Gewähr für eine Steigerung der Abfahrfähigkeit und damit eine Steigerung der Produktion. Wettbewerbsfähig kann diese Industrie nur werden, wenn sie bessere und billigere Fabrikationsmethoden zu finden und zu benutzen versteht. Einige deutsche Werke sind auf diesem Wege bereits vorangeföhren. An erster Stelle stehen hier die Deutschen Werke, deren Utens in Besitz des Reiches sind und von denen ein Betrieb seine Umstellung vollzogen hat. Es ist dies das Werk Haselhorst in Spandau (D-Mad), welches sich ausschließlich mit der Herstellung von Motorrädern und Autos befaßt.

Einige nähere Angaben dürfte von Interesse sein: Die vielfach in der Öffentlichkeit verbreitete Ansicht, daß die zu den Reichswerken gehörigen Betriebe unter besonders günstigen Umständen arbeiten und besondere Zuschüsse vom Reich erhalten, entbehren der Grundlage. Vom Reich sind ihnen besondere Kredite nicht zur Verfügung gestellt worden. Andererseits hat die Instandsetzung der Betriebe, in denen, wie in allen lediglich der Herstellung von Kriegsmaterial dienenden Werkstätten, mit der Substanz Raubbau getrieben worden ist, auch besondere Schwierigkeiten und Kosten, verursacht. Einen Vorschlag jedenfalls dürfte ein Betrieb, wie der oben erwähnte, vor anderen gleichen Betrieben der Privatindustrie bezüglich Remabilität und Konkurrenzfähigkeit ohne weiteres nicht haben.

Im dem früher lediglich der Herstellung von Munition und Gewehren dienendem Betriebe befindet sich jetzt ein modern ausgestatteter Fabrikationsbetrieb für Motorräder und Autos. Man spürt hier nichts mehr von Umstellung oder Verlustproportien, sondern man hat den Eindruck eines von Grund auf zielbewußt und einheitlich aufgebauten Betriebes. Die Zahl der hier beschäftigten Arbeiter beträgt 3000, die der Angestellten 400. Die Arbeitsmethode ist, durch Anwendung möglichst zweckmäßiger Spezialmaschinen größte Arbeitsleistung des Arbeiters zu erzielen, und zwar bestimmt dabei die Maschine das Arbeitstempo des Arbeiters. Sowohl im Automobil- als auch im Motorradbau wird grund-



Fritzi Massary

die überraschend gehaltvolle 3-8 Zigarette im goldenen Gewande muß jedes Geschäft führen, denn sie wird von allen Seiten nachdrücklich verlangt!

Hilflich und ausnahmslos das Prinzip verfolgt, einen einzigen Typ mit derselben Motorstärke herzustellen; Sondern Wünsche des Käufers bezüglich der Karosserie werden nur insofern berücksichtigt, als der Käufer an die die Karosserie bauende Firma verwiesen wird. Die „D-Rad“ selbst lehnt es ab, auf Spezialwünsche einzugehen.

Die monatliche Produktion beträgt zurzeit an Rädern 2000, an Wagen wird sie, wenn die Arbeitsmethode ganz durchgeführt sein wird, 1500 Stück pro Monat betragen und wird noch erhöht werden, wenn die Herstellungsdauer durch weitere Ausgestaltung der Arbeitsmethode noch mehr verkürzt sein wird. Sie beträgt jetzt ein Drittel der früheren und wird noch auf ein Viertel bis ein Fünftel reduziert werden können.

Der Verkauf erfolgt zu allgemeinen Festpreisen. Er beträgt jetzt für ein Motorrad rund 1200, für einen Wagen 5/20 PS, rund 4900 M., ein Preis, der unter dem der anderen führenden Firmen der Branche liegen dürfte und die Konkurrenzfähigkeit im Ausland sichert. Dieser Preis gilt für ganz Deutschland. Um ihn zu erzielen, war unter anderem notwendig, die Vertreibergewinne zu beschneiden und durch besondere Maßnahmen das Absatzinteresse bei den Vertretern zu steigern. Wagen und Räder werden, wie dies in England und Amerika schon lange üblich ist, auf Abzahlung verkauft. Wie wir hören, findet ein Export der Räder nach Italien, Holland, den Nordischen, Skandinavien und neuerdings auch nach der Tschechoslowakei statt; die Produktion bis nächsten Herbst ist im Inland bereits ausverkauft. In den Preisen machen die Steuern und öffentlichen Abgaben ca. 14 Proz. aus.

Lohndruck und Qualitätsarbeit.

Uns wird geschrieben:

Die verhängnisvollen Folgen der Lohnpolitik, die von den deutschen Unternehmern betrieben wird, wirken in steigendem Maße auf die industrielle Produktion ein. Man muß sich — darüber sind sich jetzt fast alle praktischen Wirtschaftler einig — für die Zukunft so einstellen, daß der Inlandsabzug das Rückgrat des Wirtschaftens bildet und daß der Export nur zur Ergänzung für den Umsatz dient. Eine logische Folgerung aus dieser Einstellung ist natürlich der Zwang, weiteste Kreise des Volkes entsprechend an dem Warenumsatz teilnehmen zu lassen oder anders ausgedrückt, den Massenkonsum zu verstärken. Bei dem augenblicklichen Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen ist aber nicht damit zu rechnen, daß die großen Massen als Konsumenten bedeutsam in Rechnung gestellt werden können. Um nun den Konsum der Massen zu ermöglichen, und auf der anderen Seite nichts vom Profit einzubüßen, die Preise nicht herabsetzen zu müssen, sind die Unternehmer auf den alten, aber deshalb nicht weniger gefährlichen Ausweg verfallen, Waren minderer Qualität herzustellen, die dann auch im Preise billiger sind. Fast in allen Industriezweigen, die für die Masse berechnete Artikel herstellen, ist diese Qualitätsverschlechterung zu beobachten. Das ist nicht etwa ein Ausnahmefall, eine Einzelerscheinung, sondern die Unternehmer stellen vielfach ihre Betriebe geradezu auf die Herstellung schlechter Qualitäten ein. Allerdings gibt es einige wenige, die in dieser Qualitätsverschlechterung liegende Gefahr erkannt haben. Sie lehnen es ab, Waren minderer Güte, als sie bisher hergestellt haben, zu fabrizieren und an den Markt zu bringen. Sie verzichten lieber auf Aufträge, als auf ihren Ruf. So können jedoch nur einzelne Firmen verfahren. Die Qualitätsverschlechterung bedeutet aber auch eine Gefahr für unsere Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt. Konkurrenzfähig am Weltmarkt ist nur das hochwertige deutsche Produkt und dieses auch dann nur, wenn durch Herstellung großer Quantitäten die Kosten der Produktionseinheit auf das Mindestmaß zurückgebrängt werden. Wenn der Fabrikant auf der einen Seite für den Inlandsmarkt qualitativ schlechte Ware herstellt, für den Weltmarkt dagegen sich der Herstellung höherer Qualitäten widmet, so verteuert das natürlich die Produktion und verringert dadurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie.

Einige Beispiele kennzeichnen die Entwicklung. In der Textilindustrie werden statt der reinen Wolle Kunstwolle, Baumwolle oder aus anderen Materialien hergestellte Produkte, mit denen wir ja in der Kriegszeit reichlich bedacht wurden, wieder in größerem Umfange auf den Markt gebracht. Die Hausfrau, die natürlich bei den täglichen Böhnen mit jedem Pfennig rechnen muß, die auch weiter zu sehen muß, daß die notwendige Kleidung, das notwendige Essen vorhanden ist, muß natürlich strecken, d. h. sie muß, um augenblicklich billiger einzukaufen zu können, sich mit minderen Qualitäten begnügen. Sie muß statt der Butter Margarine kaufen, sie muß ihrer Familie statt eines mit Bohnen gemischten Tranke reines Gerstenkaffee vorsetzen. Sie muß sich damit begnügen, nur einmal in der Woche Fleisch zu essen und der Arbeiter selbst, um nur ein Beispiel anzuführen, der es sich bei den Lohnverhältnissen in Amerika leisten kann, ein Automobil zu kaufen, bekommt bei uns für die gleiche Arbeit, die er drüben leisten würde, noch nicht ein billiges Motorrad.

Der Konsument, besonders wenn er genossenschaftlich gekauft ist, weiß sehr wohl, daß diese Qualitätsverschlechterung, die er hinnehmen muß, eine Verschwendung bedeutet. Er weiß, daß ein Hemd aus gutem Tuch im Gebrauch mehrere „billige“ Hemden überdauert. Aber, was bleibt ihm bei den heutigen Einkommensverhältnissen anders übrig?

Auch volkswirtschaftlich bedeutet die Qualitätsverschlechterung im Warenverkehr eine erhebliche Verschwendung. Durch die Verschlechterung der Ernährung wird die Arbeitskraft und die Arbeitslust des Arbeiters verringert. Seine Arbeitsleistung vermindert sich dementsprechend. Bei der Bekleidung steckt in der schlechten Qualität annähernd dieselbe Arbeit, wie in der gleichen Menge guter Ware. Wird nun von der minderen Ware eine große Menge verbraucht, so kostet das mehr Material und Arbeit, als wenn nur hochwertige Qualitäten konsumiert werden.

Auch mit den Abzahlungsgeheimnissen, wie sie jetzt mehr und mehr aufkommen, um die Zahlung für größere Anschaffungen auf einen längeren Zeitraum zu verteilen, ist den Arbeitern nicht nachhaltig geholfen. Sie sind nur ein Notbehelf, der häufig nicht einmal angewandt werden kann, weil die für die Abzahlungen notwendigen Summen für andere Zwecke im Arbeiterhaushalt dringender benötigt werden. Aber selbst wenn sich der Arbeiter zu einem Einkauf durch ein Abzahlungsgeheimnis entschließt, selbst dann vermindert er ja nicht die Ausgaben seines Haushalts, sondern er stützt sich damit nur in Schaden.

Es gibt eben, um die Wirtschaft wieder in den richtigen Gang zu bringen, um den Massenbedarf als bedeutsamen unentbehrlichen Faktor wieder in den Haushalt der Gesamtwirtschaft einsetzen zu können, nur einen Weg: Und das ist die Befestigung des Mißverhältnisses zwischen Löhnen und Preisen. Es geht eben nicht an, daß die Löhne weit unter Vorkriegsniveau stehen, während die Preise es erheblich überschreiten. Das bedingt eine Einschränkung des Verbrauchs und wenn diese Einschränkung die letzte Grenze erreicht hat, bleibt dem Arbeiter nichts weiter übrig, als schlechtere Qualitäten direkt zu suchen. Um dies zu verhindern, um den Arbeiter wieder als vollwertigen Konsumenten der Wirtschaft zuzuführen, gibt es nur einen Weg: Preisabbau auf der einen, Lohnerböhung auf der anderen Seite.

Die Stabilisierung des Arbeitsmarktes seit der Annahme des Londoner Vertrages wird vom Bundesratsamt der Rheinprovinz in seinem letzten Bericht folgendermaßen beleuchtet: Die Ansichten über die innere Struktur des Arbeitsmarktes, die für die Erkenntnis der Lage wichtiger ist als das äußere zahlenmäßige Bild der Erwerbslosigkeit und der Arbeitsvermittlungen, stimmen in bemerkenswerter Weise darin überein, daß der Arbeitsmarkt im Vergleich zu den großen Störungen der Wirtschaft und zu den Perioden primitiver Ungewißheit eine erfreuliche Tragkraft und Anpassungsfähigkeit gezeigt hat, die zu Hoffnungen für die kommenden Monate berechtigt. Man ist sogar der Meinung, daß eine Besserung und Belebung der Wirtschaft in der Luft liegt, die zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen kann, wenn auch nicht sofort, so doch im kommenden Frühjahr. Andererseits verkennt man nicht, daß einige Unbekannte in der Bedienung stehen, deren Bedeutung noch nicht zu erkennen ist. Es muß sich noch zeigen, ob die heringekommenen Kredite in volkswirtschaftlich richtiger Weise verwandt worden sind. Die passive Handelsbilanz, die wachsende Fabrikaleinfuhr erweist in steigendem Maße Unbehagen. Besonders mit Rücksicht auf den Arbeitsmarkt der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie und des Bergbaues wendet sich das Interesse stärker den beiden Großbetriebszweigen dieser Industrie, der Eisenbahn und dem Schiffbau zu. Staatssubventionen zur Förderung des Schiffbaues werden erörtert (1). Ob die Eisenbahn und Werften der Eisen- und

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.			
Gerstengraupen, lose	18,50—24,5	Kakao, fettarm	70,00—96,00
Gerstengrütze, lose	18,50—18,75	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Halterflocken, lose	20,00—21,50	Tea, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Haltergrütze, lose	21,00—29,50	Tea, indischer, gepackt	60,00—470,00
Reis, weiß, 0/1	17,00—19,00	Inlandszucker basis mei.	29,00—31,25
Weizengries	19,25—22,50	Inlandszucker Raffinade	32,15—35,50
Hartgeröst.	24,50—27,00	Zucker Würfel	35,50—39,00
75% Weizenmehl	17,00—19,00	Kunsthonig	36,00—39,00
Weizen-Auszugmehl	19,50—26,5	Zuckersirup hell in Elm	40,00—
Speiseerbsen, Viktoria	18,00—24,00	Speisesirup dunk. in Elm	23,00—30,00
Speiseerbsen, kleine	16,00—	Marmelade Einfr. Erdb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, 1erl	22,00—23,00	Marmelade Vierfrucht	40,00—
Langbohnen, handverles.	28,00—33,00	Pflaumenmus in Eimern	45,00—55,00
Linsen, kleine	18,00—25,00	Steinsatz, in Säcken	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,00—42,00		3,70—4,20
Linsen, große	44,00—55,50	Siedesalz in Säcken	4,00—5,00
Kartoffelmehl	17,25—22,25		5,20—5,80
Makkaroni, Hartgeröst	43,50—58,25	Bratenschmalz in Tierces	91,00—93,50
Eiermehl	47,00—73,50	Bratenschmalz in Käbeln	91,00—94,00
Mehinudeln	23,50—26,7	Purelard in Tierces	89,00—90,75
Bruchreis	11,75—18,00	Purelard in Kisten	89,00—91,75
Rangoon Reis	19,00—29,00	Speisestärke in Packung	65,00—66,00
Tafelreis, glasirt, Patna	24,50—32,00	Speisestärke in Kisten	—
Tafelreis, java	32,75—42,00	Margarine, Handelsm.	66,00—
Risinpfl., amerik.	30,00—31,00	desgl. II	60,00—63,00
Geir. Pflaumen 90/100	45,00—50,00	Margarine, Spezialm.	80,00—84,00
Pflaumen, entsteint	72,00—78,00	desgl. II	80,00—84,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—68,00	Molkereibutter la i. Päck.	221,00—227,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—71,00	Molkereibutter i. Päck.	200,00—205,00
Sultaninen Carab. arm.	75,00—95,00	Molkereibutter la i. Päck.	185,00—190,00
Korinthen, choice	65,00—75,00	Molkereibutter i. Päck.	233,00—238,00
Mandeln, süße Bari	195,00—210,00	Auslandbutter in Fässern	180,00—185,00
Mandeln, bittere Bari	200,00—210,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	40,00—42,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Ausl. Speck, gebrüchert	100,00—120,00
Kümmel, holländischer	55,00—65,00	Quadratkäse	45,00—55,00
Schwarzer Pfeffer Singsp.	12,00—130,00	Hilster Käse, vollfett	120,00—130,00
Weißer Pfeffer	175,00—185,00	Echter Emmentaler	170,00—175,00
Rehkafee Brasil	210,00—230,00	Echter Edamer 40%	120,00—125,00
Rohkafee Zentralamerika	215,00—310,00		88,00—90,00
Rohkafee Brasil	270,00—310,00	Ausl. ungeruck. Condensmilch 4 1/2%	20,00—22,50
Rohkafee Zentralam.	330,00—400,00	milch 4 1/2%	20,00—22,50
Rohkafee Zentralam.	330,00—400,00	milch 4 1/2%	24,50—
Stärke, lose	30,00—32,00		

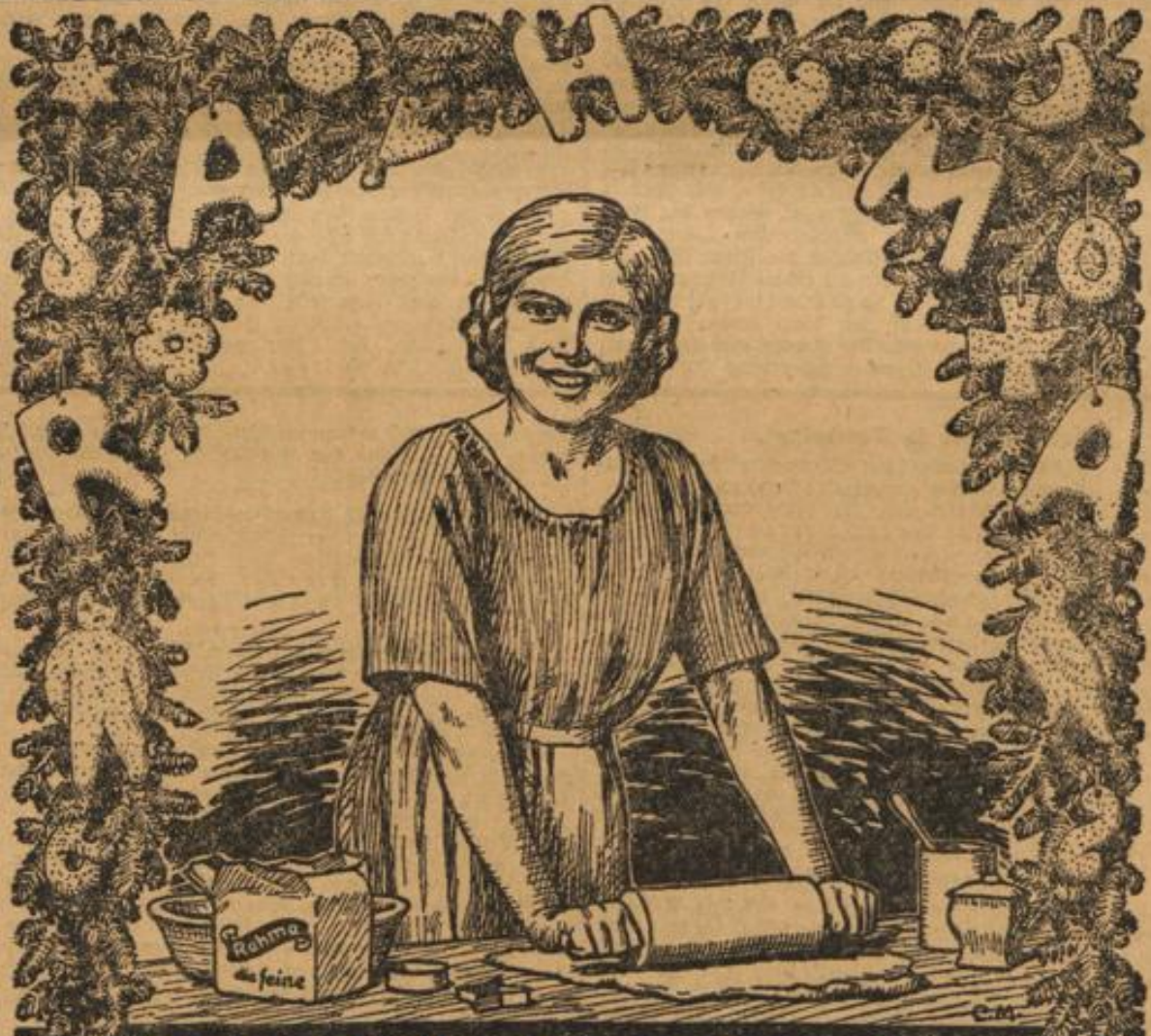
Stahlindustrie nennenswerte Aufträge werden überweisen können, hängt zu einem beträchtlichen Teil von der Art der Durchführung des Dames-Planes ab.

Sonnabendbörse in Berlin. Wie verlautet, besteht die Absicht, am Mittwoch, 24. von 11—1 Uhr Börsenverkehr stattfinden zu lassen und ferner vom 1. Januar ab Sonnabends von 11—1 Uhr Effektendörse abzuhalten.

Deutsche schwerindustrielle Betriebe in Südafrika? Die „Rhein. Volksztg.“ berichtet über die Verhandlungen der Südafrikanischen Union zwecks Schaffung einer nationalen Eisen- und Stahlindustrie, daß ein englisches Angebot auf Grund übertriebener Finanzgarantien abgelehnt worden sei. Die Verhandlungen mit den deutschen Stahlindustriellen sollen dagegen schon weit fortgeschritten sein. Die Unionregierung ist bereit, dem Unternehmen, das mit einem Kapital von über 1 Million Pfund Sterling gegründet werden soll, den Obligationenendienst zu verbürgen, ihm alle Staatsaufträge zu überweisen und ihm durch Darlehen und Zolltarife hinreichende Unterstützung zukommen zu lassen.

Siedlungswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft, der Deutsche Bund Heimatschutz, der Deutsche Verein für Wohnungsreform, das Deutsche Archiv für Siedlungswesen und die Siedlerische Wopsewede haben sich, unbekannt der völligen Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit und ihrer eigenen Tätigkeit, zu einer Siedlungswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam gewisse große Grundgedanken für die Reform unseres Siedlungs- und Wohnungswesens zu vertreten. Diese Arbeitsgemeinschaft, deren Zusammenhänge bereits bedacht, veranstaltet diesen Winter eine aufeinander folgende Vortragsreihe mit anschließender freier Ansprache, deren erster Freitag, 12. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Wohlfahrtsministerium, Raum 97 (Eingang Portal I) stattfindet. Dr. H. H. Pfeiler-Verein spricht über: „Alte und neue Siedlungsweise“. Wegen Teilnahme wolle man sich an das Deutsche Archiv für Siedlungswesen, Berlin NW 6, Luisenstr. 27/28 (Nordend 3850) wenden.

Internationalisierung der Eisenbahnen Luxemburgs? Eine großzügige kapitalistische Transaktion ist seit längerer Zeit in Luxemburg im Gange und soll in den nächsten Tagen zum endgültigen Abschluß kommen. Ihr Zweck ist, die luxemburgischen Eisenbahnen der Vollmächtigkeit des ausländischen Kapitals unter Führung der Banque de Bruxelles und der Sociétés Réunies de Burchard-Gich-Dubelange (bekannt unter der Abkürzung ARBED) zu unterstellen. Dadurch würde die luxemburgische Regierung die bisherigen Hoheitsrechte über die Eisenbahnen verlieren und vollständig in die Abhängigkeit des ausländischen Kapitals geraten. Die luxemburgische Regierung selbst hat nichts getan, um diese Entwicklung zu verhindern. Im Gegenteil, sie hat selbst mit der von belgischem Kapital beherrschten Prinz-Heinrich-Bahn ein Abkommen getroffen, wodurch sie sich ihrer Hoheitsrechte entäußert. Die luxemburgische Eisenbahnergewerkschaft führt eine fröhliche Aktion gegen dieses Abkommen. Auch die belgischen und französischen Eisenbahner beschäftigen sich mit dieser Angelegenheit. In den Verhandlungen der zwischen Luxemburg und Belgien geschlossenen Interessengemeinschaft war ausdrücklich eine Regelung vorgesehen, wonach die Eisenbahnen Luxemburgs, sei es durch Belgien oder durch Luxemburg selbst, rechtlich verwaltet werden. Auf Grund dieser Bestimmungen hat nun Renier, der Vorsitzende des belgischen Eisenbahnerverbandes, in seiner Eigenschaft als Mitglied des belgischen Staats eine Anfrage an die Regierung gerichtet.



Für das Weihnachtsbackwerk nur

Rahma

MARGARINE
buttergleich

Die besten Rezepte für allerlei Weihnachtskuchen, -Torten und -Gebäcke finden Sie in Nr. 9 der Kinderzeitung „Der kleine Coco“, die beim Einkauf von „Rahma buttergleich“ gratis verabfolgt wird.

Gegen die Verleumder des Reichspräsidenten.

Zeugenernehmung im Magdeburger Prozeß.

BS. Magdeburg, 9. Dezember.

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen den Schriftleiter Richard Wegert, der die Verleumdung des Reichspräsidenten frägt, der Zeugenbeweis führen, daß der Reichspräsident Landesverrat getrieben hat und die Behauptung das im selben Umfange wie Dr. Gansser? Angekl.: Jawohl.

Der Vorsitzende verlas dann die Aussage Dr. Ganssers in dem gegen ihn in München anhängig gemachten Verfahren. Dr. Gansser bezeichnete damals den Streik der Munitionsarbeiter 1918 als Landesverrat und erklärte, daß die Tätigkeit des Reichspräsidenten während der letzten Kriegsjahre vaterlands-schädigend gewesen sei.

Vors.: Sie haben es versucht, den Reichspräsidenten lächerlich zu machen, oder glauben Sie, daß es angemessen ist, den höchsten Beamten des Reiches als „Frisch Ebert“ zu bezeichnen?

Angekl.: Herr Ebert bedient sich doch des Namens Frisch. Man findet doch auch nichts dabei, wenn man vom „Alten Frisch“ spricht. Vors.: Und was haben in dem Artikel die roten Baderhosen zu tun? Sie badeten offenbar an das Badebild von Ebert-Rose. Sie haben doch dabei eine Verhöhnung beabsichtigt. Angekl.: Es ist auch eine Verhöhnung des Volkes, wenn man sich als Reichspräsident in Baderhosen photographieren läßt. Im übrigen sollte die Bemerkung kein Hohn sein. Vors.: Ist nach dem Artikel die Auflage der Zeitung nicht gestiegen? Angekl.: Nicht allzu erheblich.

R.-A. Heine: Die „Mitteldeutsche Presse“ ist mehrfach wegen Angriffen auf die Republik beschlagnahmt worden. Der Vorgänger des Angeklagten, Hottenroth, ist wegen Eigentumsdelikts mehrfach vorbestraft und wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Ist es richtig, daß dieser Mann unter dem Pseudonym „v. Hogen“ heute noch mitarbeitet? R.-A. Dr. Martini: Wir protestieren gegen diese Frage. Generalstaatsanwalt Rasmus: Es ist wichtig, daß der Angeklagte im Geiste des Hattenroth gearbeitet hat. Ich bitte deshalb, die Frage zuzulassen. Vors.: Hattenroth ist vom Staatsgerichtshof wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ist Hattenroth heute noch an Ihrem Blatt als Mitarbeiter tätig? R.-A. Bindewald: Hattenroth ist, allerdings unbekanntem Aufenthaltsort, noch heute der Leiter der Zeitung.

Die weitere Frage des Generalstaatsanwalts, ob der Angeklagte verpflichtet war, im Geiste Hattenroths zu arbeiten, wird von der Verteidigung beanstandet. Das Gericht beschloß, die Frage als unzulässig abzulehnen. Es komme nicht auf die Person des Hattenroth, sondern des Angeklagten an.

R.-A. Heine: Der Angeklagte hat sich darauf berufen, er könne es als Freund der Republik nicht vertragen, daß an der Spitze der Republik ein Mann stehe, der durch Zurücknahme des Strafantrages gegen Gansser den Vorwurf des Landesverrats auf sich habe laden lassen. Es ist aber eine Ungehörigkeit, dem Reichspräsidenten zumuten, den Nachweis zu führen, daß er kein Landesverrat ist. Wer solche Behauptungen aufstellt, hat die moralische Pflicht, sie zu beweisen. Es sind in der Sache Gansser Zeugen vernommen worden und diese haben

das Gegenteil ausgefragt, was Gansser behauptete.

Gansser hatte seine Verleumdung in München im Juli ausgesprochen. Nach Beendigung der Beweisaufnahme war der Fall klar. Dr. Gansser hatte keine neuen Beweisanträge gestellt. Da erhielt der Reichspräsident

gefehrdigt unter Straandrohung eine Vorladung nach München. Offenbar war die Ladung erfolgt, um dem Reichspräsidenten Injurien zu sagen, denn Rechtsanwalt Kohl, der Verteidiger Ganssers, ist als maßlos und tollkühn bekannt, und ich wollte den Reichspräsidenten nicht einem Schauspiel aussetzen, wie das in München zu erwarten war. Daher habe ich dem Reichspräsidenten geraten, den Strafantrag zurückzuziehen gegen einen ungebildeten Menschen wie Dr. Gansser, der seine Intimität durch Brillen auf der Straße befand. Das sind die Gründe, derenwegen der Strafantrag zurückgezogen wurde. Justizrat Bindewald: Die Angaben Rechtsanwalt Heines, daß in der Sache Gansser eine völlige Klärung des Sachverhalts erfolgt war, ist nicht richtig. R.-A. Landsberg: Wegen Dr. Gansser ist wegen des „Offenen Briefes“ Strafantrag gestellt worden. Darauf kündigte Dr. Gansser und kam erst zurück, als er durch ein Mandat gedeckt war.

Aussage des Reichspräsidenten

Darauf wurde die Aussage des Reichspräsidenten Ebert vom Gericht verlesen, in der es hieß:

Vom Beginn des Krieges bis zu seinem Ende habe ich mich rückschaltlos auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und in diesem Sinne gehandelt. Während des ganzen Krieges war ich gegen Streiks der Arbeiter der Kriegsindustrie. In diesem Sinne habe ich mich in einer Rede auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 21. September 1918 mit besonderer Schärfe ausgesprochen.

Der Streik der Munitionsarbeiter Berlins ist im Januar 1918 ohne Zutun und ohne Einwirkung mit der Sozialdemokratischen Partei

ausgebrochen. Auch persönlich habe ich mit der Vorbereitung des Streiks weder direkt noch indirekt etwas zu tun; ich bin von ihm vielmehr völlig unberührt worden.

Am Vormittag des 28. Januar 1918 erschienen im Bureau der Sozialdemokratischen Partei aus zahlreichen Berliner Betrieben in schneller Folge Arbeiterdelegationen, die über den ausgebrochenen Streik berichteten und wünschten, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei solle Vertreter in die Streikleitung entsenden, um es ihm merces zu verhindern. Namens der Parteileitung habe ich dementgegenüber geltend gemacht, dieser Streik sei ohne Zutun oder Fühlungnahme mit der Sozialdemokratischen Partei entstanden. Die Streikenden hätten bereits eine Streikleitung gewählt und bestimmte Forderungen aufgestellt. Darnach kann: niemand der Leitung der Sozialdemokratischen Partei zumuten, nachträglich eine Verantwortung zu übernehmen. Die erschienenen Arbeiterdelegationen stellten dann die Frage, ob die Parteileitung eine Delegation in die Streikleitung entsenden würde, wenn die Delegiertenversammlung der Streikenden sie darum ersuchen würde. Diese Frage wurde nach längerer Aussprache bejaht.

Machgebend war dabei für die Parteileitung, zu verhindern, daß durch den Streik die Interessen des Landes gefährdet würden, und durch Verhandlung mit der Regierung zu versuchen, ihn möglichst bald zum Abbruch zu bringen.

Nachdem die Delegiertenversammlung gegen heftigen Widerspruch in der Versammlung mit Mehrheit dem Antrag zugestimmt hatte,

hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei die Herren Otto Braun, Scheidemann und mich mit seiner Vertretung beauftragt. Unser Eintritt in die Streikleitung erfolgte unter der den Arbeiterdelegationen gegenüber erklärten Voraussetzung, daß die Streikleitung in paritätischem Sinne umgestaltet, d. h. daß die Sozialdemokratische Partei in gleicher Zahl in ihr vertreten sein sollte wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und

daß eine nochmalige Beratung der bereits aufgestellten Forderungen ermöglicht werde.

Zu diesen Beratungen ist es aber nicht gekommen. Am selben Tage, am 29. Januar 1918, wurden alle Versammlungen, auch die der Delegierten der ausländischen Arbeiter, verboten; auch den Mitgliedern der Streikleitung wurde jede Zusammenkunft unter Straandrohung untersagt. Am nächsten Tage wurde der „Vorwärts“ unterdrückt und am gleichen Tage alle Bureaus der Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus geschlossen. Es bestand demnach keinerlei Möglichkeit, mit den streikenden Arbeitern zu einer Verständigung zu gelangen. Am 31. Januar 1918 haben sich die Streikenden in großen Massen auf Straßen und öffentlichen Plätzen versammelt. Bei einer solchen Gelegenheit habe ich zu den Streikenden gesprochen. Ich bin noch heute der Meinung, daß der

Hergt und Mumm.



„Haben Ezjellenz schon gelesen? Der „Vorwärts“ hat unter einer seiner Zeichnungen einen Gesangbuchvers von Luther gelehrt! Nicht ist diesem Gefindel mehr heilig!“

„Anerhödet! Luther-Zitate sind doch mein Privileg!“

„Man sollte die rote Bande überhaupt keine Kirchenlieder mehr auf der Volkshule lernen lassen!“

„Sehr wahr — aber ob das wirklich eine Strafe für sie wäre?“

Streik in wenigen Tagen beigegeben gewesen wäre, wenn sich die Reichsregierung nicht auf ihren formalistischen Standpunkt verstickt hätte und wir mit ihr zu sachlichen Verhandlungen gekommen wären. Es haben nämlich zu gleicher Zeit in Danzig, Köln und München ähnliche Streiks stattgefunden. In Danzig verhandelte der Festungstommandant und der Regierungspräsident mit den Streikenden mit dem Erfolg, daß der Streik in wenigen Tagen beigegeben war. In Köln hat neben dem Oberbürgermeister Adenauer der Regierungspräsident von Starn mit den Streikenden verhandelt. Bestenfalls hat sogar in einer Versammlung der Streikenden sich mit diesen über ihre Forderungen auseinandergesetzt. In München hat der damalige bayerische Ministerpräsident von Dandl sich am 1. Februar 1918 in der Kammer der Abgeordneten mit dem Streik beschäftigt und dabei unter anderem, zu den Sozialdemokraten gewendet, folgendes gesagt:

Er danke es ihnen, wenn sie jetzt die Führung der Sache in die Hand genommen haben, weil er von ihnen erhoffte, daß sie dadurch die Bewegung in ruhige Bahnen lenken werden und daß dadurch der Zustand, der uns tatsächlich vor dem Auslande schwer schädigt, wiederum beruhigt und zu Ende gebracht wird.

Es wurde dann die Aussage Dr. Kermanns, des Direktors des Stenographenbureaus im Reichstag, verlesen, der über die Richtigkeit der Stenogramme der Reden im Parlament Angaben machte und über die Reden der damaligen Abgeordneten Ebert, Dittmann und Heine berichtete. Korrekturen an diesen Reden seien nachträglich nicht vorgenommen worden.

Es folgt eine weitere Verlesung der zweiten Vernehmung des Reichspräsidenten, und zwar über die Reden des damaligen Abgeordneten Ebert im Hauptauschuß über den österreichischen Munitionsarbeiterstreik, im Hauptauschuß des Reichstages am 22. Januar 1918. Es heißt darin: „Die Sozialdemokratische Partei begrüßt das Vorgehen der Arbeiterschaft Österreich-Ungarns mit größter Sympathie und erklärt sich mit ihr in aller Form solidarisch.“

Auf die Frage des Untersuchungsrichters, ob der Zeuge Ebert bei seiner Rede im Treptower Park den Streikenden geraten habe, sie sollten einem etwaigen Stellungsbefehl keine Folge leisten, erklärt der Reichspräsident, daß er das nicht getan habe. — Weiter erklärt der Reichspräsident, daß er an der Abfassung des Flugblattes, das die Streikenden damals herausbrachten und in dem zum Streik aufgefordert wurde, mit Hinweis auf den österreichischen Munitionsarbeiterstreik, niemals mitgearbeitet habe. Der Aufruf endet mit den Worten: „Die österreichische Bewegung ist auf halbem Wege stehengeblieben. Wir werden das Ziel erreichen. Wir müssen uns eine Einrichtung nach russischem und österreichischem Muster schaffen, um den Kampf zu führen. Wählt Arbeiterräte,

aber keine sozialistischen Kriegsreiwiligen. Heraus mit diesen Durschen aus den Gewerkschaften!

Wir haben eine mächtige Waffe in der Hand; machen wir Gebrauch davon. Mann der Arbeit, erkenne Deine Macht! Nieder mit der Arbeit, hoch der Massenstreik!“

Hierzu erklärt der Reichspräsident, daß er wohl von einem solchen Flugblatt gehört, es selbst aber nicht mehr gekannt habe. R.-A. Heine legt darauf dem Gericht das einzige noch vorhandene Exemplar eines Flugblattes der SPD vor, in dem aufgefordert wurde, zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen Massenkundgebungen zu veranstalten. Dieses Flugblatt ist, wie der Reichspräsident bei seiner Vernehmung zugibt, verbreitet worden. Dagegen weist der Reichspräsident es zurück, daß er in einem Handschreiben

an Scheidemann bei seiner Demission als Ministerpräsident Anweisungen getan habe, die eine Gefährdung der Landesverteidigung darstellen. — Dr. Landsberg bemerkt, daß dieses Schreiben von dem künftigen Gefandten in Ungarn, Rabalst, abgefaßt ist.

In einem persönlichen Begleitschreiben dankt der Reichspräsident Scheidemann für dessen Tätigkeit und schreibt: „Nachdem wir Schuler an Schuler während des ganzen Krieges gegen die Gemühtätigkeit des alten Regimes gekämpft haben...“ Hierzu gab der Reichspräsident die Erklärung ab, daß er mit diesen Worten die Hebergriffe des Belagerungszustandes gemeint habe.

Nach den Verlesungen begann die Zeugenernehmung. Die Beamten, die der Versammlung der streikenden Munitionsarbeiter im Treptower Park beiwohnten, Oberwachmeister Chemnitz, Oberlandjäger Wolff II, Polizeileitender Specht, Polizeibeamter Behrend und Polizeibeamter Gröwe, sagen übereinstimmend aus, daß außer Dittmann niemand gesprochen habe.

Der folgende Zeuge, Richter Einler, wohnt in der Versammlung in Treptow bei. Er versichert: Ich gehörte der USF an und wir haben eine Abteilung zur Versammlung geschickt. Zuerst sprach ein Spartakusmann und dann der Abgeordnete Ebert, der etwa 10 Minuten sprach. Ich ärgerle mich über ihn, daß er als Mehrheitssozialist in dieser Versammlung das Wort ergriff, da seine Partei doch zu den Kriegstreibern gehörte. Nach Ebert sprach Dittmann, der sagte, daß uns der Friedenswille zusammengeführt habe.

Vom Streik hat er ebensowenig geredet wie der Genosse Ebert.

Vors.: Wozu war denn die Versammlung eigentlich da. Herr Ebert gehörte doch zum Streikkomitee? Zeuge: „Das ist mir neu. Vors.: Erinnern Sie sich, daß Herr Ebert bei seiner Rede ein Zettel zugereicht wurde mit der Frage, was die Anwesenden tun sollten, wenn sie beigegeben werden würden und daß Herr Ebert gesagt habe: Ihr dürft euch nicht stellen.“ Zeuge: „Rein. Dr. Martin: Vor dem Kriegsgericht, das Dittmann verurteilt hat, hat dieser Zeuge erklärt, daß der Vorredner über den Streik gesprochen hat. Dieser Vorredner ist der Abgeordnete Ebert gewesen. Vors.: Wissen Sie, von wem der Rufungsstreik inszeniert war? Zeuge: Von Spartakus. Die Unzufriedenheit war ja zu groß geworden. Es bedurfte zur Aktion nur eines kleinen Anstoßes. Dr. Martin: Haben Sie in letzter Zeit mit mehrheitssozialistischen Funktionären über Ihre heutige Vernehmung gesprochen? Zeuge: Nur mit einem Freunde vom Holzarbeiterverband.“

Zeuge Reimann, Sekretär des Arbeiterjugend-Sekretariats, bezeugte über die Versammlung, daß Reichspräsident Ebert damals über die Entwicklung des Streiks gesprochen hätte. In Berlin sei die Parteileitung

tatsächlich vom Streik überrascht

worden, und der Bezirksvorstand der Parteiorganisation habe gewünscht, daß sozialdemokratische Führer in das Streikkomitee eintraten müßten, damit die Bewegung beigegeben würde. Vors.: Hatte man nicht auch Angst, daß sonst die Massen der SPD fortlaufen würden? Zeuge: Wohl kaum. Dr. Martin: Hat Herr Dittmann über die Reklamieren gesprochen? Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. Dr. Martin: Woher wußten Sie denn, daß Ebert sprechen würde? Zeuge: Die Sprecher waren von uns bestimmt worden.

Behenrat Pigulla, der seinerzeit dem Kriegsgericht angehörte, das gegen den Abg. Dittmann verhandelte, wurde hierauf über den Prozeß vernommen und insbesondere über die Frage, ob Zeugen den Reichspräsidenten in der damaligen Verhandlung belastet hätten.

Pigulla erklärte, er entsinne sich, daß einige Zeugen ausgefragt hätten, der Rechner, der vor Dittmann gesprochen habe, habe seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der Streik von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde anwuchs. Der Name des damaligen Abgeordneten Ebert sei in der damaligen Verhandlung nicht genannt worden, doch könne es sich nur um die Person des heutigen Reichspräsidenten handeln. R.-A. Heine: Von diesen Aussagen sieht in den protokolllarischen Zeugnisaussagen nicht ein Wort.

Schließlich wurde Geheimrat Reue vernommen, der damals Vorsitzender des Kriegsgerichts gegen Dittmann war. R.-A. Dr. Martin: Ist es richtig, daß Herr Ebert damals von dem Verteidiger Dittmann, dem verstorbenen Rechtsanwalt Hooffe, als Zeuge für Dittmann herangezogen worden ist, daß aber Herr Ebert, noch ehe er als Zeuge benannt werden konnte, nach Hause gegangen ist? Zeuge: Es ist möglich, daß Herr Ebert sich eingefunden habe, doch trauere dem Kriegsgericht gegenüber als Zeuge nicht in Erscheinung.

R.-A. Dr. Köhler-Berlin, der damals ebenfalls dem Kriegsgericht angehörte, erklärte, daß in der Verhandlung der Name Eberts nur von Scheidemann, der als Zeuge vernommen worden war, genannt worden sei.

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Die Aussagen des Gen. Dittmann.

In der Nachmittagsstunde wurde dann zunächst Abg. Wilhelm Dittmann-Berlin vernommen. Vors.: Ich bitte Sie, sich über das Zustandekommen des Munitionsarbeiterstreiks und den Eintritt der Mehrheitssozialisten, besonders des Herrn Ebert, zu äußern. Zeuge Dittmann: Die Bewegung kam spontan im Jahre 1918 aus politischen und wirtschaftlichen Motiven. Bekanntlich hatte ja Dr. Michaelis die Friedensresolution zerstückelt durch den Zujoch: „Wie ich sie verstehe“. Das hatte die Arbeiterschaft stutzig gemacht. Dana kam die Haltung der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung in Brest-Litowsk, der Versuch, den Russen einen Gewaltfrieden aufzuzwingen. Die Arbeiterschaft war der Ansicht, daß die Entente nunmehr ihren Willen sagen würde: Da holt ihr den deutschen Militarismus; es hilft nichts, wir müssen ihn zerhacken. Schließlich kam auch die Lebensmittelpnot dazu — und alles das rief in der Arbeiterschaft den Willen hervor, der Regierung ein Halt zu gebieten. Es kamen Arbeiterversammlungen, die Arbeiterräte wählten, und man richtete politische Forderungen an die Regierung, vor allem, keinen Unrechtsfrieden zu schließen und zu den Friedensresolutionen Arbeiter hinzuzuziehen.

Vors.: Hier liegt mir ein Flugblatt aus dem Jahre 1918 vor, in dem es heißt, daß zur Verhinderung der neuen Schlachten im Westen der Massenstreik notwendig sei. Dieses Flugblatt ist Ihnen seinerzeit abgenommen worden.

Zeuge: Ich habe es nicht verfaßt, sondern die Arbeiter im Gewerkschaftshaus. Es wurde ein Komitee, bestehend aus unabhängigen Sozialisten, gebildet, das mit der Regierung Fühlung nehmen sollte. Es wurde dann aber beantragt, auch die Mehrheitssozialisten mit hinzuzuziehen. Dann sind Hooffe, Ledebour und ich, Scheidemann, Ebert und Braun gebeten worden, in die Kommission einzutreten. Wir kamen dann mit der Streikleitung zusammen. Ich muß den Namen Munitionsarbeiterstreik zurückweisen; nicht gegen die Rüstungsindustrie für die Entente richtete sich der Aufruf, sondern es war der Streik

aller Arbeiter gegen den Krieg, eine Aktion für den demokratischen Frieden.

Wir versuchten, mit dem damaligen Staatssekretär Wallraf Verbindung zu bekommen, der aber nur Parlamentarier, nicht die Arbeiter empfangen wollte.

Deshalb konnten auch die Arbeitervertreter nicht zu Worte kommen, denen es nicht gelang, daß die Abgeordneten sprachen. Es spielte da das Mißtrauen eine Rolle, das eine Zeitlang gegen Ebert, Scheidemann usw. herrschte. Ich weiß genau, daß Scheidemann den Arbeitern zuredete, sie sollten doch auf den Besuch bei Wallraf verzichten, aber die Arbeiter gingen nicht darauf ein. Zwei Tage später kam ein Verbot des Oberkommandierenden in den Marken, v. Kessel, das jede Zusammenkunft oder Betätigung der Streikleitung untersagte. Vorl.: Sie haben dieses Verbot auch erhalten und unterschrieben? Zeuge: Jawohl. Durch das Verbot war jede Verständigung unmöglich gemacht. Es gab für die Arbeiter keine Versammlungsmöglichkeit. Das Verbot bedeutete eine absolute Verneinung der Arbeiterpolitik.

Wir, die Abgeordneten, waren der Ansicht, daß der Streik, der nur demonstrete gegen den Dreifrontenkrieg Frieden wirken sollte, höchstens zwei bis drei Tage dauern sollte.

Vorl.: Nun fanden aber doch Versammlungen statt. Sie sollten im Treptower Park sprechen. Zeuge: Jawohl, aber auf die Einzelheiten kann ich mich nicht mehr besinnen. In Treptow hörte ich Ebert in seiner bekannt ruhigen Weise sprechen. Dann tauchte er unter, und als ich zu sprechen anfangte, merkte ich, daß ich mit der Stimme nicht durchdrang. Ich schloß mit einem Hoch auf den demokratischen Frieden. Dann wurde ich verhaftet und wegen versuchten Landesverrats zu 5 Jahren Festung verurteilt.

Der Vorsitzende vertas dann noch einmal das Flugblatt, in dem zur Wahl von Arbeiterräten und Kampf um die politische Macht im Januar 1918 aufgefordert wurde. Vorl.: Ist Ihnen das Flugblatt bekannt? Zeuge: Es klingt nach Spartakus. R. A. Landsberg: Richard Müller, der es leitet, muß, bezeichnet es auch als Spartakusarbeit. Zeuge: Es kommen darin Ausdrücke vor, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht geteilt werden wären. Vorl.: Wir haben das Flugblatt, in dem es heißt, die Streikbewegung müßte hunderttausende erfassen, mit Errichtung eines demokratischen Friedens. Das Flugblatt stammt offenbar von dem Aktionsausschuß. Gehört zu diesem nicht auch die sechs Abgeordneten? Zeuge: Jawohl. Vorl.: Wissen Sie, ob Herr Ebert von diesem Flugblatt Kenntnis hatte? Zeuge: Das weiß ich nicht. Aber selbst wenn die Abgeordneten davon Kenntnis hatten, weshalb sollten sie sich dagegen wehren? Vorl.: Sie haben doch die Rede des Herrn Ebert im Treptower Park gehört? Zeuge: Jawohl. Er sprach zugunsten des demokratischen Friedens ohne Annexion. Vorl.: Schilderte Herr Ebert die Streiklage, ihre Entwicklung usw.? Zeuge: Das weiß ich nicht.

Vorl.: Wissen Sie, ob Herr Ebert auf einem Zettel, der ihm zugereicht wurde mit der Frage, wie die Streikenden sich im Falle ihrer Einziehung verhalten sollten, geantwortet hat, die Streikenden sollten sich nicht stellen? Zeuge: Ich halte das für unmöglich, da ich den Vorgang hätte sehen müssen. Außerdem hätte weder Ebert noch ich eine Frage beantwortet, da es doch eine Falle für uns sein konnte.

Vorl.: Hat sich Herr Ebert nicht abfällig über die Verfügung des Oberkommandierenden als einen „Wisch“ geäußert und eine entsprechende Handbewegung gemacht? Zeuge: Gott, er war arglos über das läppische Eingreifen des Militärs, das die Sache nur verkompliziert hat. Vorl.: Erinnern Sie sich, Herr Dittmann, an Ihre Rede über den Eisenbahnerstreik? Sie zogen damals eine Parallele zwischen dem Eisenbahner- und dem Munitionarbeiterstreik, von dem sie wörtlich sagten: „Ebert gehörte damals zur Streikleitung. Er bekam den Befehl des Oberkommandos und meinte, der Wisch sei für die Koh mit einer entsprechenden Handbewegung.“ Zeuge: Ich wurde damals wegen meiner Rede zu fünf Jahren Festung verurteilt, nachdem für die gleichen Taten ein unbekannter Redner gesprochen hatte. Es war Ebert, und derselbe Herr Ebert unterzeichnete heute einen Wisch gegen die Eisenbahner. Vorl.: Sie haben einmal

der „Bergischen Arbeiterzeitung“ einen Brief.

der unter der Überschrift erschien „Das Verdienst der Regierungen sozialisten“, geschrieben. In dem Artikel heißt es: „Man wolle in diesem Bruch den Hauptredner treffen, der in der Versammlung im Treptower Park die Ziele des Massenstreiks organisiert hätte. Deshalb verurteilte man mich zu fünf Jahren Festungshaft. In Wahrheit aber war nicht ich der Redner gewesen, sondern der Abg. Ebert.“ Dann heißt es weiter: „Als ich im Treptower Park erschien, sprach Ebert bereits zu der Versammlung über die Ziele des Streiks. Ich stellte mich hinter ihn und hörte ihn ungefähr 20 Minuten zu.“ Ferner wird in dem Artikel ausgeführt: „In demselben Augenblick wurde ich gefaßt und verurteilt. Bei meiner ersten Vernehmung im Berliner Polizeipräsidium wurde ich nach der Verlesung des ersten Redners und dem Inhalt seiner Rede gefragt. Ich verweigerte jedoch darüber jede Auskunft, indem ich erklärte, ich lehne es ab, mich über die Verlesung des ersten Redners zu äußern. Ich lehne es auch weiter ab, mich über den Inhalt seiner Rede zu äußern.“ Ich wollte unter keinen Umständen durch mein Zeugnis Ebert ebenfalls der Befehle einer gerichtlichen Verlesung aussetzen. Im Gefängnis erfuhr ich dann von meinem Verteidiger Genossen Haase, daß er Ebert nicht Scheidemann über die allgemeine politische Situation, die zum Streik geführt habe, geladen hätte. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, daß Ebert in der Verhandlung von Zeugen als Hauptredner der Verhandlung erkannt und benannt werden konnte. Nachdem ich Haase informiert hatte, erklärte dieser am anderen Morgen dem erscheinenden Zeugen Ebert, er wolle auf sein Zeugnis verzichten, da es vielleicht ungünstig wirken könne. Auch in der Verhandlung habe ich Ebert weiter gesagt, seinen Namen nicht genannt und mich auch über seine Rede ausgeschwogen. Dadurch wurde meine Verteidigung selbst unmöglich, denn selbst die Entlastungszeugen schrieben irrtümlich Ausfälschungen, die sie von Ebert gehört hatten, und die das allwissend denkende Gericht für unzulässig hielt, mir zu. Trotzdem sechs Jahre Zuchthaus gegen mich beantragt waren, dachte ich Ebert bis zum Schluß, hätte ich das nicht getan, hätte selbst das allwissende Gericht mich schwerlich so verurteilen können, wie es geschehen ist.“

Zeuge: Diesen Brief habe ich in der Tat geschrieben. R. A. Dr. Landsberg:

Wie ist das Gericht in den Besitz des Briefes an die „Bergische Arbeiterzeitung“ gekommen?

Vorl.: Ich habe auf Antrag den Brief angefordert. Herr Dittmann, was war der Inhalt der Rede Eberts? Zeuge: So viel ich mich entsinnere, der demokratische Frieden. Vorl.: Sie seien zur Durchhaltung des Streiks aufgefordert haben. Zeuge: Nein, das ist nicht richtig. Es wäre auch unlogisch gewesen, weil das doch nur der Inhalt meiner Rede, nicht aber der Anfang sein konnte.

In diesem Augenblick unterbrach der Vorsitzende die Sitzung mit den Worten: Ist es richtig, daß Dr. Gauffier im Verhandlungsraum sitzt? (Dr. Gauffier erhebt sich.) Vorl.: Ich kann nicht dusden, daß Sie hinter dem Angeklagten sitzen. Verlassen Sie bitte den Raum. Gauffier zieht sich zurück.

Vorl.: Herr Dittmann, wie sollten Sie sich zu den Forderungen der Streikenden? Zeuge: Wir wollten den Leuten helfen.

Vorl.: Also wollten Sie diesen Bestrebungen zum Siege verhelfen? Zeuge: Wir wollten das Hindernis, das dann doch kam, denn wir wußten, daß Ludendorff nicht der große Mann war. Vorl.: Wie dachten Sie sich die Beendigung des Streikes, wenn die Regierung ablehnte? — Zeuge: Wir würden darüber zur Zeit beraten haben. Vorl.: Reinen Sie, daß die Streikenden bei Verhandlungen etwas von den Forderungen nachgelassen hätten? Zeuge: Möglich. R. A. Landsberg: Hätten die Abgeordneten nicht allen Einfluß zur Beendigung des Streikes ausgeübt, wenn die Regierung erklärt hätte, wir sind zu einem demokratischen Frieden geneigt? Zeuge: In dem Fall hätte sich alles von selbst geregelt. R. A. Heine: Der Streik sollte die Regierung nicht zu Boden zwingen, sondern ihr zeigen, wie das Volk denkt. Die Regierung war ja gänzlich uninformatiert und glaubte bei einem Eroberungsriebe das ganze Volk hinter sich. Vorl.: So ganz uninformatiert war die Regierung nicht, denn der „Vorwärts“ hatte ja alle Stimmungen der Streikenden veröffentlicht. R. A. Heine: Sie meinen, daß Herr Ebert über die Frage, wie man sich bei der Einziehung verhalten sollte, sich nicht geäußert habe? Zeuge:

Die Sozialdemokratie und auch die USP. hatten immer offen erklärt, daß die Landesverteidigung Pflicht jedes Deutschen sei. Das hat Haase stets betont. Auch Cedebour hat gegen den Verteidigungsfriedensnihilismus sich immer gewandt.

Schon innerlich bestand keine Möglichkeit, daß ein prominentes Mitglied der SPD. oder USP. sich so geäußert hat, wie es der Fall sein soll.

Eine Provokation.

R. A. Martin: Wie verhält sich diese Äußerung des Zeugen mit seiner Tätigkeit in bezug auf die Flottenmeuterei? Dittmann (sehr erregt): Ich verbitte mich diesen unerhörten Angriff. Ich bin nie an der Erregung der Flottenmeuterei beteiligt gewesen. Ich werde Sie deshalb gerichtlich belangen.

R. A. Landsberg: Es ist unerhört, den Zeugen hier derart zu beleidigen.

R. A. Martin: Die Aussage des Zeugen über Herrn Ebert in der Frage der Kriegsdienstverweigerung ist ein gottes Werturteil. R. A. Bindewald: Sie sagten, Herr Zeuge, daß Herr Ebert in Treptow so ruhig gesprochen habe. Weshalb aber nannten Sie dann dem Kriegsgericht nicht den Namen des Redners oder den Inhalt seiner Rede? Zeuge: Weil ich zu der Objektivität des Kriegsgerichts nicht das mindeste Vertrauen hatte. Wenn ich sagte, daß Ebert für den demokratischen Frieden eingetreten sei, so wäre das für das allwissende Gericht sowie wie Landesverrat gewesen. Vorl.: Sie selbst, Herr Zeuge, sind aber nicht wegen solcher Äußerung verurteilt. Zeuge: Nein. Ich bin verurteilt worden wegen meiner politischen Einstellung. R. A. Martin: Das Kriegsgericht hat sich damals mit der Frage des demokratischen Friedens nicht beschäftigt. Es müssen andere Äußerungen gewesen sein, die Sie, Herr Dittmann, nicht preisgeben wollten. Zeuge: Das ist unrichtig. Ich habe damals selbst gesagt, daß das Gericht ein Tendenzurteil fällen wollte gegen die Streikführer. Man wollte verurteilen, nicht urteilen. Vorl.: Das mag Ihre Ansicht von dem Gericht gewesen sein. R. A. Landsberg: Wissen Sie, daß der Nebenkläger

zwei Söhne auf dem Schlachtfeld verloren

hat, denen er nicht den Rat gegeben hat, sich nicht zu stellen? Zeuge: Ja. R. A. Landsberg: Wissen Sie, was Richard Müller, der sogenannte „Reichsmüller“ über die Tätigkeit des Nebenklägers gesagt hat? Müller sagt selbst in seinem Buch „Vom Kaiserreich zur Republik“:

„daß Ebert den Streik abwürgen wollte.“

Beifügter Landgerichtsrat Scholz: Welche Tatsachen berechtigen diesen „Reichsmüller“ zu dieser Auffassung? Zeuge: Vor allem die Tatsache, daß gegen Ebert wie gegen alle anderen Sozialdemokraten heftiges Mißtrauen bestand und weil er keinen Hehl daraus machte, daß der Streik nach seiner Überzeugung schädlich war.

R. A. Martin: Haben nach dem Verbot des Oberkommandos noch Sitzungen der Streikleitung stattgefunden? Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. — Damit war die Vernehmung des Abgeordneten Dittmann abgeschlossen.

Ein sonderbarer Zeuge.

Der folgende Zeuge, Lüdler Strib, Berlin, hat die Versammlung im Treptower Park mitgemacht.

Ich war, so schildert der Zeuge, im Treptower Park, als Herr Ebert sprach. Einer reichte ihm einen Zettel herauf. Darauf sagte Herr Ebert: Streik kann nur den Krieg verkürzen. Wer den Stellungsbefehl bekommt, soll sich nicht stellen. Ich war sehr interessiert, denn ich sollte auch wieder hinausgehen. Vorl.: Irren Sie sich auch nicht bei dieser Aussage? Zeuge: Ausgeschlossen, ich habe es ganz genau gehört. Vorl.: Herr Dittmann, der dicht bei Herrn Ebert stand, sagt aus, er hätte das nicht gehört und Herr Ebert hätte sich damit jedem Fremden in die Hand gegeben. Zeuge: Wir waren doch alle reflektiert. B. in meinem Betrieb, in den Loo-Werken, so es überhaupt nur Reflektierte. Wir wollten doch vor allem wissen, wie wir uns verhalten sollten. Wenn meine Kollegen hier wären, würden sie das bestätigen. Ebert hat das in seiner Rede gesagt, als er den Zettel gelesen hatte. R. A. Dr. Landsberg: Woher hat der Angeklagte Ihre Adresse erfahren? Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. R. A. Martin: Wir haben die Adresse durch frühere Mitglieder der Sozialdemokratie. Ich selbst frbe den Zeugen zum erstenmal. Im übrigen drangste ich diese Frage. R. A. Heine: Rothard hat einen Mann engagiert, der große Mittel erhalten hat, um Zeugen gegen Herrn Ebert zu beschaffen. R. A. Martin: Man kann doch dem Angeklagten nicht verwehren, Zeugen zu suchen. Im übrigen erfuhr der Beklagte die Adresse durch einen deutschen Landtagsabgeordneten. R. A. Heine: Hat der Zeuge sich selbst angeboten? Mit wem hat er vorher über seine Angaben gesprochen und ist darüber Protokoll aufgenommen?

Nach längerer Beratung verhandelte der Vorsitzende, daß das Gericht als wahr unterstelle, daß der Zeuge sich selbst angeboten habe und daß über seine Aussage von dritter Seite ein Protokoll angefertigt worden sei.

R. A. Heine: Ist dem Zeugen Geld angeboten worden oder sind ihm sonst Vorteile versprochen worden? Zeuge: Nein, von keinem Menschen. Generalsstaatsanwalt: Trotzdem interessiert es mich, zu wissen, was in diesem sogenannten Protokoll gestanden hat. R. A. Bindewald: Ich kann hier die Aufklärung geben, daß der Zeuge durch seinen früheren Regimentskommandeur Oberst Gräß an den deutschnationalen Landtagsabgeordneten Pfarrer Koch gewiesen worden ist, der Zeuge über die Vorgänge im Treptower Park suchte. R. A. Dr. Martin: Erläuternd füge ich noch hinzu, daß Pfarrer Koch in seinen Versammlungen gefragt hat, ob ein Zeuge vorhanden sei, der im Treptower Park die jetzt zu Rede stehenden Dinge mitangehört habe. Daraufhin hat er die Adresse des Zeugen Strib erhalten, und er hat über die Aussage des Mannes ein Protokoll aufgenommen. R. A. Heine: Ich verstehe nur nicht, was der Zeuge in deutschnationalen Versammlungen gemacht hat. Er hat doch keiner politischen Partei angehört. R. A. Dr. Martin: Ich gehöre auch keiner politischen Partei an und gebe deshalb doch in sozialdemokratische Versammlungen. (Lauter Heiterkeit.) Zeuge Strib: Ich habe von diesem Prozeß hier gehört und habe zu einer Frau Walz gesagt, daß ich

durch Ebert ins Unglück gekommen

bin und daß ich mich dem Beklagten hier zur Verfügung stelle. R. A. Dr. Landsberg: Wieso hat denn Herr Ebert Sie ins Unglück gebracht? Zeuge: Wir haben alle durch den Streik schwere Unannehmlichkeiten gehabt. Hätte Herr Ebert in Treptow zu uns gesagt: „Wohi wieder in die Betriebe, so hätten wir es, die Stelle kehrt marisch gemacht.“

Dann vernahm das Gericht noch einen Zeugen, den Arbeiter Friedrius Ortel, der über die Vorgänge in Treptow Befundungen machen sollte. Der Zeuge erklärt jedoch, daß er der Versammlung gar nicht beigewohnt habe, sondern nur von dritter Seite etwas darüber gehört habe. Was das aber gewesen sei, habe er inzwischen auch vergessen. (Große Heiterkeit.)

Konfrontation mit dem Reichspräsidenten beschlossen.

Die Rechtsanwälte Heine und Landsberg stellten hierauf den Antrag, den Reichspräsidenten Ebert mit dem Zeugen Strib zu konfrontieren. Der Reichspräsident kann, wenn es not tut, am Mittwoch nachmittag in Magdeburg erscheinen. Bei der hohen politischen Bedeutung dieser Angelegenheit könnte das Gericht unmöglich auf diese Gegenüberstellung verzichten.

Generalsstaatsanwalt: Ich schließe mich dem Antrage an, denn ich bin überzeugt, daß der Reichspräsident, wenn er die Aussage dieses Zeugen gekannt hätte, keine Befundungen über diesen Punkt ausführlicher gemacht hätte. Auch ich beantrage, ihn noch einmal zu vernehmen und den Zeugen Dittmann hinzuzuziehen.

R. A. Dr. Martin: Ich halte diese Vernehmung für überflüssig, da ich seinerzeit dem Herrn Nebenkläger die Frage gar nicht formuliert vorgelegt habe. Herr Ebert hat darauf ganz allgemein erwidert, er erinnere sich nicht mehr. Ich kann nicht denken, daß Herr Ebert keine Aussage ändern kann, wenn ihm dieser Zeuge, an den er sich doch bestimmt nicht erinnern kann, gegenüber gestellt wird. Im übrigen spielen die Kosten einer solchen übermaligen Vernehmung doch auch wohl eine Rolle.

Dr. Landsberg: Auf die Kosten kann es in diesem Falle wohl nicht ankommen.

Das Gericht zog sich darauf zu längerer Beratung zurück, und der Vorsitzende verkündete, daß er selbst mit dem Generalsstaatsanwalt sich nach Berlin begeben und den Zeugen Strib dem Reichspräsidenten in Gegenwart Dittmanns gegenüberstellen werde. Ferner beschloß das Gericht, den sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller als Zeugen zu laden.

Dann wurde die Sitzung um 7½ Uhr auf den Mittwoch 9½ Uhr vertagt.

Aus der Partei.

Polnisch-russische Konferenz.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erhält von dem Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei Polens (SPS.) folgenden Bericht:

Am 22. und 23. November wurde in Léschen die Konferenz der Sozialistischen Partei Polens (SPS.) und der Partei der Sozialisten-Revolutionäre Rußlands (SR.) abgehalten. Von der ersten waren anwesend die Genossen Czapsinski, Halomko, Niedzialowski, von der letzteren Tschernow, Alko, Surewicz, Stalinski.

Die Konferenz stellte fest, daß die beiden Parteien eine sind im energischen Kampf gegen die nationalistische Propaganda, sowohl gegen die antirussische in Polen wie gegen die antipolnische in Rußland. Sie wendet sich gegen jede Politik des Militarismus oder der Intervention und tritt für die Annäherung der polnischen und russischen Völker ein.

Die beiden Parteien sind im Prinzip einig, daß es am Plage wäre, im nächsten Jahre eine erweiterte Konferenz einzuberufen, die die sozialistischen Parteien von Osteuropa umfaßt, um zu versuchen, für die Probleme, die speziell die Länder des Ostens betreffen, und für den gemeinsamen Kampf gegen die bolschewistische Propaganda eine gleichgerichtete Politik zu begründen. Ueber die Einberufung dieser Konferenz soll die Exekutive der SPS. in ihrer Tagung im Januar entscheiden.

Es wurde darauf das Problem der Stellung des Sozialismus gegenüber dem Kommunismus erörtert. Es bestand Einstimmigkeit darüber, daß die Sozialisten in dem Ideenkampf gegen den Kommunismus die Offensive ergreifen sollen, indem sie jede Theorie der militärischen Intervention in die Angelegenheiten Rußlands absolut zurückweisen.

Die russischen Delegierten gaben schließlich ihre Wünsche hinsichtlich der Lage der russischen sozialistischen Emigranten in Polen und der Hilfe, die sie von den polnischen Genossen erwarten dürfen, bekannt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, Berlin S. W., Lindenstraße 2.

3. Kreis Wedding, Donnerstag, den 11. Dezember, 7 Uhr. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle.

heute, Mittwoch, den 10. Dezember:

- 11. Abt. 7½ Uhr Aushörsabend in den bekannten Lokalen.
12. Abt. Die Mittelbergsammlung fällt in diesem Monat aus.
13. Abt. 7½ Uhr Aushörsabend in den bekannten Lokalen. — Donnerstag 6 Uhr bei Buchhändler Str. 7, Zusammenkunft der Kinder, welche bei der Weihnachtsfeier mitwirken.
14. Abt. 7½ Uhr Funktionärsversammlung bei Reulner, Doppelberg Str. 10a.
15. Abt. Die Aushörsabende finden erst am nächsten Mittwoch statt.
16. Abt. 7½ Uhr Aushörsabend in den bekannten Lokalen.
17. Abt. Charlottenburg. 2. Gruppe: 7½ Uhr Aushörsabend bei Thunau, Wiesenstraße 4.
18. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Jonas, Durlacher, Ecke Brühlstraße, gemütlicher Abend. Alle Genossen sind eingeladen. Das Wahlmaterial ist abzugeben.
19. Abt. 7½ Uhr Aushörsabend: 1. Bezirk bei Milde, Nellenbergstraße 16; 2. Bezirk bei Bürgens, Barbarossastr. 3a; 3. Bezirk bei Witzkowski, Martin-Luther-Str. 79; 4. Bezirk bei Will, Martin-Luther-Str. 68. — 7½ Uhr Aushörsabend: 1. Bezirk bei Arnold, Boukenstr. 19; 2. und 3. Bezirk bei Dauter, Köpenickerweg 42; 4.—6. Bezirk bei Groß, Sebanstr. 17; 7. Bezirk bei Potlitz, Köpenickerweg 42; 8. Bezirk bei Köhler, Sebanstr. 17; 9. Bezirk bei Potlitz, Köpenickerweg 42; 10. Bezirk bei Köhler, Sebanstr. 17; 11. Bezirk bei Köhler, Sebanstr. 17; 12. Bezirk bei Köhler, Sebanstr. 17.
20. Abt. Friedrichshagen. 8 Uhr Bezirksabende: 1.—3. Bezirk bei Rabe, Handlstraße 60—61; 4.—6. Bezirk bei Schula, Wilsbergstr. Ecke Seebacher Straße. Thema: „Die Sozialdemokratie im neuen Reichstag“. Referenzen: Genossen Paulus und Buchala.
21. Abt. Tempelhof. 7½ Uhr Bezirksabende: 1. 2. 4. Bezirk: Dittlinger, Riefhaldenstraße 12; 3. Bezirk: Riefhalden, 19; 5. Bezirk: Krugmann, im Treptower Park 67.
22. Abt. Friedrichshagen. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Scholz, Friedrichstraße 81, Dorotheen.
23. Abt. Buchholz. 7½ Uhr bei Rosand, Hauptstr. 71, Aushörsabend.
24. Abt. Reinickendorf-Bez. 7½ Uhr im Volkshaus Aushörsabend. Thema: „Unsere Bahnen“.
25. Abt. Krenz. 7½ Uhr Mittelbergsammlung im Restaurant Schabe, Berliner. Ecke Reichstraße. Tagesordnung: Wahlrechts und Organisationsfragen.

Morgen, Donnerstag, den 11. Dezember:

- 17. Abt. 7½ Uhr im Beirsdauerhof, Fehrbellener Str. 57, gemeinsamer Aushörsabend. Vortrag des Genossen Theb: „Unsere Aufgaben nach der Wahl“. Die Straßensprecher haben ein.
18. Abt. Appold. 7½ Uhr Vorkonferenz im Jugendheim Grünauer Str. 3, Zimmer 1.
19. Abt. Grünauer. 8 Uhr bei Weitz, Appoldstr. Str. 166, Mittelbergsammlung. Vortrag des Genossen Buchala über „Kommunismus und Sozialismus“.
20. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Rine, Porststr. 2, Aushörsabend. Tagesordnung: Unsere Bahnen und Stellungnahme zum Reichstag.
21. Abt. Frelton den 12. Dezember, 7½ Uhr in Schmidt's Hof-Wirtschaftshaus, Freltonstr. Nr. 10, Vortrag des Genossen Rühner: Die Wahlen und ihre Auswertung. (Beisitzführer, die Arbeitsteile mitbringen!)

Staubtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 3. Abt. Genosse Waldmann, Wilmersdorf, 5. ist verstorben. Einbeerdigung erfolgt Donnerstag, den 11. Dezember, mit 10½ Uhr, in Baumhüttenweg.
114. Abt. Friedrichshagen. Genosse Ernst Rantz, Niederberliner Str. 4, ist verstorben. Einbeerdigung Mittwoch 4½ Uhr Krematorium Baumhüttenweg.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. 3. 13. Eine bestimmte Belegquelle können wir Ihnen nicht angeben; in irgendeiner Verhandlung dürften Sie wohl einen Teil aufzuweisen.

